

BANGLADESCH

INFO-Heft 66/Oktober 2013

Rotna (23) – hiermit ihrer Mutter im Reha-Zentrum CRP in Savar – wird nach dem Einsturz der Textilfabriken im Rana Plaza wohl nie mehr arbeiten können.

INHALT unter anderem:

Opfer des Rana-Plaza-Einsturzes noch immer ohne Entschädigung

Zusammenstöße bei Demonstrationen für höhere Mindestlöhne in Textilindustrie

War Crimes Tribunal verhängt Todesurteile gegen Kriegsverbrecher von 1971

Wahlkampf beginnt: Tote und Schwerverletzte bei den Hartals

Jamaat-e-Islami von Teilnahme an nächsten Parlamentswahlen ausgeschlossen.

Amnesty International fordert mehr Schutz für ethnische und religiöse Minderheiten

Liebe Freundinnen und Freunde Bangladeschs,

nachdem die Bangladesch-Koordinationsgruppe von Amnesty International die Arbeiten für den Rundbrief schon beendet hatte, erreicht uns noch diese Nachricht: 152 Gefangene, denen Beteiligung an dem Aufstand der Bangladesh Rifles (BDR) vorgeworfen wird, sind zum Tode verurteilt worden. Fast genauso viele sind damals, im Februar 2009, in der Pilkhana-Kaserne in Dhaka ums Leben gekommen. Zuvor bereits wurden führende Kriegsverbrecher des Befreiungskrieges von 1971 zum Tode verurteilt.

Nachdem Jahrzehnte lang schwere Straftaten einfach ungesühnt blieben, wollen Justiz und Regierung in Bangladesch jetzt offenbar, mit drastischen Strafen die Geister der Vergangenheit zu löschen. Das wird nicht gelingen. Zu befürchten ist eine neue Spirale der Gewalt. Ein Staat, der selbst tötet, ist unglaublich, wenn er zu Gewaltverzicht aufruft. Dies gilt umso mehr, als die extralegalen Hinrichtungen durch das Rapid Action Battalion und andere Sicherheitskräfte nach wie vor andauern und nach wie vor straffrei bleiben.

Das Erschütternde ist neben der Grausamkeit der Todesstrafe an sich, dass alle, die Kritik an den Verfahren und beispielsweise dem Umgang mit Zeugen äußern, sofort in eine Ecke gestellt werden, als kollaborierten sie mit Verbrechern. Diese Zweiteilung in Freund und Feind verspricht für die Zukunft nichts Gutes. Das gilt für den gesamten Umgang mit Kritikern. Blogger, die sich kritisch gegen Übergriffe des Islamisten zur Wehr setzen, werden ebenso Opfer wie Menschenrechtsverteidiger. Es deutet einiges darauf hin, dass der Bericht von Odhikar über die Toten vom 5. Mai 2013 fehlerhaft ist. Ihn deshalb aber zu verhaften, verstößt gegen die Menschenrechte und gegen die Demokratie. Das gilt übrigens für das gesamte Information and Communication Technology Act – erst recht in der in diesem Jahr verschärften Fassung.

Im Januar 2014 sollen Neuwahlen stattfinden. Es ist dem Land zu wünschen, dass sie stattfinden – in einer gewaltfreien Atmosphäre, ohne willkürliche Verhaftungen, ohne Gewalt gegen Minderheiten, gegen Journalisten, Blogger und ganz Unbeteiligte, die zufällig in einem Bus sitzen, die von Partei-Hooligans angezündet werden.

Kopier- und Versandkosten belasten unseren Etat erheblich. Wir freuen uns daher über jede, auch kleine Spende. Sollte jemand den Bangladesch-Rundbrief nicht mehr benötigen, bitten wir um eine kurze Nachricht. Ein Hinweis: Sollen Sie den Rundbrief kürzlich per Email abbestellt haben, kann es sein, dass Sie ihn trotzdem wieder erhalten. Ursache ist ein Computercrash. Bitte schicken Sie uns einfach noch mal eine Nachricht an die unten angegebene Adresse.

Allen Spenderinnen und Spendern herzlichen Dank! Ansonsten bitten wir auch um Beachtung des Spendenaufrufs auf der letzten Seite.

Wichtiger Hinweis: Presseartikel im Rundbrief sind, soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, keine Stellungnahmen von Amnesty International. Sie können aus Informationsgründen in Einzelfällen sogar das genaue Gegenteil unserer Auffassung widerspiegeln.

Ihre/Eure Bangladesch-Kogruppe

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Bernhard Hertlein, Waldquellenweg 29, 33 649Bielefeld, Tel. 0521 459 3333, email: AundB@t-online.de,
Homepage: www.amnesty-bangladesch.de

Spendenkonto Nummer 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft in Köln (BLZ 370 205 00)/Stichwort: Gruppe 2213 (Bangladesch).

Inhaltsverzeichnis

Amnesty International: JAHRESBERICHT 2013	4
Amnesty-Jahresversammlungsbeschluss (Mai 2013)	7
Indigene Völker gehen im Landkonflikt der Chittagong Hill Tracts unter	9
BANGLADESCH-CHRONIK	15
Menschenrechte:	15
Kriegsverbrechertribunal, Shahbag und Hefazat-e-Islam:.....	20
Todesstrafe:	22
Justiz/Urteile/Gefängnisse:	23
Innenpolitik:	23
Kampf gegen Korruption:	24
Innere Sicherheit/Polizei:.....	25
Demonstrationen, Gewerkschaften/Streiks:.....	28
Medien/ Pressefreiheit:	29
Schulen/Universitäten/Bildung:.....	30
Kultur:	32
Religionen:	32
Chittagong Hill Tracts:	33
Indigene Bevölkerungsgruppen außerhalb der CHT/ethnische Minderheiten:	35
Frauen:	36
Kinder:	38
Landstreitigkeiten:	38
Armut/Nahrungsmittelknappheit:	38
Gesundheit/Bevölkerungsentwicklung:	39
Unglücksfälle/Naturkatastrophen:	40
Umwelt/Natur/Klima:	41
Landwirtschaft:	42
Fischerei:.....	42
Verkehr, Infrastruktur, Technik:	43
Wirtschaft:.....	45
Textilindustrie:	45
Außenpolitik/Außenwirtschaft:	50
Bangladesch und Indien:.....	51
Bangladesch und Myanmar/Rohingyas:.....	55
Bangladesch im weiteren Ausland:.....	55
Entwicklungszusammenarbeit:	56
Weltbank/Internationale Organisationen:	56
Deutsch-Bangladeschische Beziehungen:	57

JAHRESBERICHT 2013**BANGLADESCH**

Amtliche Bezeichnung: Volksrepublik Bangladesch

Staatsoberhaupt: Mohammad Zillur Rahman

Regierungschefin: Sheikh Hasina Wajed

Im Jahr 2012 sollen etwa 30 außergerichtliche Hinrichtungen vollzogen worden sein. Die Sicherheitskräfte waren an Folter und anderen Misshandlungen sowie mindestens zehn Fällen des Verschwindenlassens beteiligt. Politisch motivierte Gewalt hatte den Tod von mindestens vier Männern zur Folge. Frauen waren weiterhin Opfer unterschiedlicher Arten von Gewalt. Die Regierung gewährte indigenen Gemeinschaften keinen Schutz vor Angriffen durch bengalische Siedler. Mindestens 111 Arbeiter starben bei einem Brand in einer Fabrik. Einige von ihnen sollen ums Leben gekommen sein, weil Aufseher der Fabrik sie daran hinderten, das Gebäude zu verlassen. Mehr als 20 buddhistische Tempel und Klöster, ein Hindu-Tempel und viele Häuser und Geschäfte von Buddhisten wurden während eines religiös motivierten Angriffs in Brand gesetzt. Mindestens 45 Personen wurden zum Tode verurteilt.

Hintergrund

Im Januar 2012 erklärte die Regierungschefin, dass in Bangladesch keine Menschenrechtsverletzungen begangen worden seien.

Im Dezember eskalierte die politisch motivierte Gewalt, als die oppositionellen Parteien gantztägige Generalstreiks zu organisieren versuchten. Mindestens vier Personen starben, und zahlreiche Streikende und Polizisten wurden verletzt. Die islamistische Partei Jamaat-e-Islami forderte die Freilassung ihrer Führungsmitglieder, gegen die zurzeit ein Verfahren wegen Kriegsverbrechen läuft. Die Bangladesh Nationalist Party (BNP) forderte, dass die bevorstehenden allgemeinen Wahlen unter einer Übergangsregierung abgehalten werden sollten. Mitglieder einer Gruppe mit Verbindungen zur Regierungspartei griffen Oppositionelle gewalttätig an. Dabei wurde ein Passant so schwer durch Schläge und Messerstiche verletzt, dass er starb.

Korruptionsvorwürfe lösten sowohl in Bangladesch als auch international große Sorge aus. Im Juni zog die Weltbank eine Kreditzusage über 1,2 Mrd. US-Dollar für den in der Zentralregion Bangladeschs geplanten Bau der Padma-Brücke zurück, nachdem die Regierung Bangladeschs nicht in angemessener Form auf Korruptionsvorwürfe reagiert hatte. Eine Untersuchung durch die Antikorruptionskommission war Ende 2012 noch nicht abgeschlossen.

Bangladeschs Behörden äußerten gegenüber Indien weiterhin Besorgnis wegen der Tötung ihrer Staatsangehörigen durch indische Grenzschutzeinheiten. Indische Grenzwachter töteten 2012 mehr als ein Dutzend Bangladescher beim Überqueren der Grenze nach Indien.

Außergerichtliche Hinrichtungen

Mindestens 30 Personen kamen 2012 durch mutmaßliche außergerichtliche Hinrichtungen ums Leben. Die Polizei gab an, die Opfer seien bei Feuergefechten mit den Sicherheitskräften getötet worden. Familienangehörige widersprachen diesen Behauptungen jedoch und erklärten, dass die Menschen getötet worden seien, nachdem sie von Personen in Zivil festgenommen worden waren, die sich als Angehörige des Schnellen Einsatzbataillons (Rapid Action Battalion - RAB) oder anderer Polizeieinheiten zu erkennen gaben. Im Berichtsjahr wurde niemand wegen dieser Tötungen zur Rechenschaft gezogen.

- Am 12. September 2012 sollen RAB-Angehörige den Bauern Mohammad Atear Rahman (auch als Tofa Molla bekannt) im Bezirk Kushtia erschossen haben. Laut Angaben des RAB wurde er bei einem "Schusswechsel" getötet, wohingegen Atear Rahmans Familie und andere Zeugen aussagten, dass RAB-Angehörige ihn am Abend zuvor in seiner Wohnung festgenommen hatten. Sein Leichnam wies Meldungen zufolge drei Schusswunden auf - zwei davon im Rücken.

Folter und andere Misshandlungen

Folter und andere Misshandlungen durch Polizei, RAB, Armee und Geheimdienste waren weit verbreitet und blieben praktisch straffrei. Die eingesetzten Methoden umfassten Schläge, Tritte, Aufhängen an der Raumdecke, Nahrungs- und Schlafentzug sowie Elektroschocks. Die meisten Häftlinge sollen gefoltert worden sein, bis sie "gestanden", ein Verbrechen begangen zu haben. Nach vorliegenden Informationen sollen die Polizei und das Schnelle Einsatzbataillon Unterlagen gefälscht haben. Zu diesem Zweck wurden z.B. auch die Festnahmedaten verändert.

Verschwindenlassen

Mindestens zehn Personen "verschwanden" 2012. In den meisten Fällen blieben die Opfer unauffindbar. Personen, die tot aufgefunden wurden, wiesen Verletzungen auf, von denen einige durch Schläge verursacht worden waren.

- Am 17. April "verschwand" Ilias Ali, Divisionssekretär der Oppositionspartei BNP, zusammen mit seinem Fahrer Ansar Ali. Die Regierung versprach zwar, den Fall zu untersuchen, hatte bis Ende 2012 aber noch keine Informationen vorgelegt.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Frauen waren weiterhin unterschiedlichen Formen von Gewalt ausgesetzt. Dazu gehörten Säureangriffe, Ermordung wegen nicht gezahlter Mitgift, Auspeitschen durch illegale Schiedsausschüsse wegen religiöser Vergehen, häusliche und sexuelle Gewalt.

- Am 9. September 2012 wurden Aleya Begum und ihre Tochter ohne Haftbefehl festgenommen und Berichten zufolge auf der Polizeistation von Khoksa im Bezirk Kushtia gefoltert. Zwei Tage später brachte man sie zur Polizeiwache der Stadt Kushtia und sperrte sie in einen dunklen Raum. Die Tochter, eine Studentin, wurde nachts von ihrer Mutter getrennt und von Polizisten sexuell missbraucht. Nachdem die beiden Frauen vor Gericht erschienen waren, kamen sie am 18. September frei. Aleya Begum und ihre Tochter informierten die Medien über ihre Geschichte und wurden am 26. September 2012 erneut festgenommen und inhaftiert.

Rechte indigener Völker

Wie schon in den vergangenen Jahren trafen die Behörden auch 2012 keine Regelungen bezüglich der von indigenen Bevölkerungsgruppen geltend gemachten Ansprüche auf Land, das ihnen entweder während des internen bewaffneten Konflikts (1975-97) abgenommen worden war oder das in jüngster Zeit von einer steigenden Anzahl bengalischer Siedler besetzt wurde. Spannungen zwischen den beiden Gemeinschaften und das Versäumnis der Sicherheitskräfte, die lokalen indigenen Gemeinschaften gegen Angriffe bengalischer Siedler zu schützen, führten zu mehreren Zusammenstößen mit Verletzten auf beiden Seiten.

- Am 22. September 2012 wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen der indigenen Gemeinschaft und bengalischen Siedlern in Rangamati mindestens 20 Personen verletzt. Angehörige der örtlichen Bevölkerung gaben an, dass die Sicherheitskräfte zwar erschienen seien, die Gewalt aber nicht unterbunden hätten.

Arbeitsrechte

Gewerkschaftsführer, die die Demonstrationen der Arbeitnehmer der Textilindustrie gegen niedrigen Lohn und schlechte Arbeitsbedingungen unterstützten, wurden 2012 schikaniert und eingeschüchtert; ein Mann wurde getötet.

- Der Gewerkschaftsführer Aminul Islam "verschwand" am 4. April 2012. Am nächsten Tag wurde seine Leiche in der Stadt Ghatail nördlich der Hauptstadt Dhaka aufgefunden. Seine Familie entdeckte Folterspuren an seinem Körper und vertrat die Auffassung, dass er von Sicherheitskräften entführt worden war. Er war zuvor schon einmal von Mitarbeitern des Geheimdienstes wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten festgenommen und geschlagen worden.
- Mindestens 111 Arbeiter starben im November 2012 bei einem Brand in der Textilfabrik Tazreen Fashion in der nördlich von Dhaka gelegenen Stadt Savar. Einige von ihnen sollen zu Tode gekommen sein, weil Aufseher der Fabrik es nicht zugelassen hatten, dass die Tore geöffnet wurden, um ihnen die Flucht vor dem Feuer zu ermöglichen.

Ethnisch-religiöse Gewalt

Die Angriffe gegen Angehörige von Minderheitengemeinschaften nahmen Ende September 2012 eine neue Wendung. Tausende Menschen protestierten gegen ein auf Facebook veröffentlichtes Bild, das ihrer Ansicht nach den Koran beleidigte, und setzten mehr als 20 buddhistische Tempel und Klöster, einen Hindu-Tempel und zahlreiche Häuser und Geschäfte von Buddhisten in den südlich gelegenen Städten Cox's Bazar und Chittagong in Brand.

Todesstrafe

Mindestens 45 Personen wurden zum Tode verurteilt. Ein Mann wurde im April 2012 hingerichtet.

Jahresversammlungsbeschluss (Mai 2013)

Bedrohte Blogger in Bangladesch

Die Jahresversammlung unterstützt große Teile der Zivilgesellschaft in Bangladesch, die ein von der Hefazat-e-Islami gefordertes Blasphemiegesetz ablehnen. Sie stellt fest, dass das Recht auf Religionsfreiheit nicht in Frage gestellt werden darf. Sie begrüßt, dass auch die Ministerpräsidentin Scheich Hasina Wajed ein solches Gesetz, das jede Abweichung vom Islam mit der Todesstrafe bedroht, ablehnt. Zugleich zeigt sich die Jahresversammlung besorgt, dass Blogger, die sich im Internet kritisch zu Religionsfragen oder dem laufenden Kriegsverbrechertribunal geäußert haben, von den Behörden Bangladeschs nicht geschützt wurden und schließlich Anfang April 2013 selbst inhaftiert wurden. Zwei der vier sind inzwischen freigekommen – allerdings nur auf Kaution. Die Jahresversammlung fordert, dass die Blogger zügig über den Grund ihrer Verhaftung informiert werden und sich in einem fairen Verfahren verteidigen können. Die Jahresversammlung geht davon aus, dass die Blogger nur von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht haben. Sie fordert, dass die Verhafteten nicht gefoltert und zudem medizinisch mit dem Notwendigen versorgt werden. Selbst wenn die Blogger freikommen, stehen sie in Bangladesch allerdings weiter unter Lebensgefahr. Die Bundesregierung wird deshalb von der Jahresversammlung aufgefordert, die verfolgten Blogger gegebenenfalls darin zu unterstützen, dass sie im Ausland eine sichere Bleibe finden.

Zum Hintergrund

Bangladesch hat sich 1971 als säkularer Staat in einem blutigen Krieg von (West-) Pakistan losgesagt. Damals wurden sowohl von der pakistanischen Armee als auch von ihren Verbündeten in Bangladesch schwere Kriegsverbrechen begangen, die erst jetzt, 40 Jahre später, von einem Sondertribunal aufgearbeitet werden. Von den elf Fällen, die dort im Augenblick verhandelt werden, betreffen neun führende Politiker der fundamentalistischen Jamaat-e-Islami. Zwei wurden inzwischen zum Tode verurteilt, ein Dritter zu lebenslanger Haft.

Seit Anfang Februar mobilisieren zwei unterschiedliche Gruppen Hunderttausende für ihre Forderungen nach Höchststrafe für die Kriegsverbrecher (Shahbag) bzw. Freilassung und Blasphemiegesetz (Hefazat-e-Islami). Shahbag ist im Wesentlichen durch das Internet entstanden. Hier haben Blogger, die sich zuvor schon kritisch mit den Islamisten auseinandergesetzt hatten, für die Forderungen mobilisiert. So gerieten die Blogger auf der anderen Seite in den Fokus der Islamisten.

Am 15. Januar 2013 wurde der 29-jährige Blogger Arif Mohiuddin vor seinem Büro angegriffen und durch Messerstiche mehrfach verletzt. Sein Blog, in dem er sich kritisch zum Islam äußert, gehört zu den meistgelesenen in Bangladesch. Genau einen Monat später wurde der prominente Blogger

und Islam-Kritiker Ahmed Rajib Haider von Attentätern vor seinem Haus in Dhaka ermordet. Am 13. März berief die Regierung überraschend neun islamische Geistliche in ein Komitee, das Internet-Blogger identifizieren sollte, die sich auf Facebook oder in Blogs abfällig über den Islam oder den Propheten Mohammed äußerten. Am 1. April 2013 wurden drei Internet-Blogger – Subrata Adhikari Shuvo, Mashur Rahman Biplob und Rasel Parvez – verhaftet. Angeblich sollen sie in ihren Einträgen religiöse Gefühle verletzt haben. Dafür droht ihnen bis zu zwölf Jahren Haft. „Amar Blog“ (unser Blog), den sie häufig nutzten, wird gelöscht. Shuvo gehört der Hindu-Minderheit an. Alle drei Blogger stehen auf einer von Islamisten veröffentlichten Liste der 84 Feinde des Islam. Zwei Tage später wurde auch Arif Mohiuddin verhaftet. Er leidet weiter unter den Verletzungen, die ihm im Januar zugefügt worden sind.

Am 11. April wurde darüber hinaus Mahmudur Rahman, der Herausgeber von „Amar Desh“ (unser Land), verhaftet. Die bengalischsprachige Tageszeitung stellte sich zuletzt in teilweise sehr militanter Form gegen Shahbag. Mahmudur Rahman hat sich auch immer wieder kritisch mit der derzeit regierenden Awami League auseinandergesetzt. Im Dezember 2012 veröffentlichte er ein Gespräch, das der Vorsitzende Richter des War Crimes Tribunal mit einem Brüsseler Rechtsanwalt geführt hat.

Bangladesch ist eine Demokratie. Die nächsten Wahlen finden voraussichtlich Anfang 2014 statt. Es ist abzusehen, dass die größte Oppositionspartei BNP erneut ein Wahlbündnis mit der Jamaat-e-Islami eingeht. Ein Regierungswechsel und damit die Machtübernahme durch eine Koalition BNP/Jamaat sind möglich. Das würde die Lage der Blogger verschlechtern. Die Gefahr, dass dann ein Blasphemiegesetz nach pakistanischem Vorbild verabschiedet würde, ist groß.

PRE01/269/2013
12. Juni 2013

Indigene Völker gehen im Landkonflikt der Chittagong Hill Tracts unter

Das Versäumnis der bangladeschischen Regierung, für die Umsetzung der Rechte auf traditionelles Land in den Chittagong Hill Tracts zu sorgen, hat dazu geführt, dass zehntausende Indigene landlos sind und sich in einem Kreislauf gewalttätiger Auseinandersetzungen mit bengalischen Siedlern befinden. Der Bericht „Pushed to the Edge“ dokumentiert, dass die Indigenen weiterhin darauf warten, dass die Regierung die Vereinbarungen des Friedensvertrages, der vor mehr als 15 Jahren verabschiedet wurde, umsetzt, indem ihnen ihr traditionelles Land zurückgegeben wird. Die Kämpfe um Land zwischen Indigenen und bengalischen Siedlern sind zu häufig geworden. „Die aktuelle Situation mit gewalttätigen Auseinandersetzungen, angeheizt durch Streit um Land, trägt weiterhin zu einer enormen Unsicherheit und einer leidvollen Situation der Indigenen bei. Die bangladeschische Regierung muss sich unverzüglich darum kümmern“, sagte Andrew Erueti, der Researcher von Amnesty International zu den Rechten indigener Völker. „Dass den Indigenen ihr traditionelles Land verweigert wird oder eine angemessene Kompensation für Land, das ihnen genommen wurde, ist eine klare Verletzung von Menschenrechten.“

In den Chittagong Hill Tracts im Südosten Bangladeschs gab es einen langen, bewaffneten Konflikt, nachdem die Indigenen größere Autonomie und den Schutz ihres traditionellen Landes gefordert hatten. Ein Friedensvertrag von 1997 schloss eine Serie von Reformen ein, um ihnen ihr Land

zurückzugeben. Diese Vereinbarungen sind jedoch bestenfalls nur teilweise umgesetzt worden, trotz wiederholter Versprechungen der amtierenden bangladeschischen Regierung. „Die Regierung hat immer noch Zeit, vor den Parlamentswahlen im Jahr 2014 ihre Versprechungen zu erfüllen“, sagte Erueti.

Der Konflikt hatte verheerende Auswirkungen auf die Indigenen und es wird geschätzt, dass heute noch mehr als 90.000 indigene Familien intern vertrieben sind. Eine Landkommission, die gemäß dem Friedensvertrag eingesetzt wurde, um Landbesitz zu klären, hat bis jetzt noch keine einzige Entscheidung getroffen. Tausende bengalische Siedler, die während und nach dem Konflikt in die Chittagong Hill Tracts gekommen sind, haben nach und nach traditionelles Land in Besitz genommen, was erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führte. Während des Konflikts wurden die Siedler - in der Regel landlose Familien aus der Ebene - mit dem Angebot von Land dazu ermutigt, sich in den Chittagong Hill Tracts anzusiedeln, um dem Aufstand entgegenzuwirken.

Die Indigenen haben überproportional durch die Kämpfe gelitten. In den vergangenen Jahren verloren hunderte Indigene ihre Häuser nach Brandanschlägen durch gewalttätige Mobs, ausgelöst durch Landstreitigkeiten. Zum Beispiel brannte im Februar 2011 eine Gruppe von 200 bengalischen Siedlern in Longadu mindestens 23 Häuser von Indigenen ab, nachdem ein Siedler die indigene Gemeinde beschuldigt hatte, seinen Bruder getötet zu haben. Niemand wurde für diesen Angriff zur Verantwortung gezogen. Die Regierung blieb durchgehend tatenlos darin, die Rechte der Indigenen auf Sicherheit und auf ihr traditionelles Land zu schützen - wie auch auf ihren Lebensunterhalt und ihre Kultur, die unlösbar mit diesem Land verbunden sind.

Indigene Frauen sind besonders negativ betroffen, wie eine von ihnen Amnesty International berichtete: „Wir sind hier nun ohne Land, das wir bestellen können, und ohne Wald, in dem wir Brennholz oder Früchte sammeln können. Das Leben ist sehr hart geworden durch die Nähe der Armee und ich fühle mich sehr unsicher, sogar bei kurzen Wegen. Unser Zuhause ist ein unsicherer Lebensort geworden. Ich bin nun ständig in Sorge um Essen für meine Familie und um die Sicherheit meiner Kinder.“

„Viele Indigene, besonders in den ländlichen Gebieten, verbinden mit dem traditionellen Land nicht nur die Sicherstellung ihres Lebensunterhalts, sondern ihre ganz besondere Lebensweise. Es ist unbegreiflich, dass 15 Jahre nach Einsetzung der Landkommission, die den Indigenen ihr Land zurückgeben soll, diese nicht funktioniert“, sagte Erueti. Trotz der Vereinbarung des Friedensabkommens, sämtliche temporären Armeelager aus den Chittagong Hill Tracts zu entfernen, bleibt diese Region Bangladeschs am stärksten militarisierte Zone mit einer gewaltigen Armeepräsenz. Viele Indigene sehen die Armee als Unterstützer der bengalischen Siedler, die weiterhin ihr Land besetzen. „Die Gewalt wird sehr wahrscheinlich so lange weitergehen wie diese Landkonflikte ungelöst bleiben. Zudem ist es bezeichnend für die bangladeschische Regierung, dass sie die Indigenen, die sich in unmittelbarer Gefahr befinden, nicht angemessen schützt trotz der starken Präsenz von Sicherheitskräften“, sagte Erueti.

Amnesty International fordert die bangladeschische Regierung auf, die Verpflichtungen der internationalen Menschenrechtsabkommen zu achten, einschließlich die UN-Erklärung der Rechte der Indigenen Völker sowie die ILO-Konvention 107 zu indigenen und in Stämmen lebenden Völkern. Die Regierung soll konkrete Schritte unternehmen, um den Indigenen ihr traditionelles Land wiederzugeben mit angemessener Teilhabe der indigenen Frauen und Männer. Amnesty International ruft zudem im Hinblick auf die Parlamentswahlen im kommenden Jahr die politischen

Parteien dazu auf, das Recht der Indigenen auf ihr traditionelles Land in ihre Wahlprogramme aufzunehmen.

Übersetzung der Presseerklärung „Indigenous Peoples engulfed in Chittagong Hill Tracts land conflict“: Ruth Oelgeklaus, Bangladesch-KoGruppe. Der Bericht „Pushed to the Edge“ ist am 12.6.2013 erschienen und basiert auf drei Researchreisen im Februar und Juni 2011 sowie im März 2012.

Die Presseerklärung und den Bericht finden Sie in englischer Sprache und in deutscher Übersetzung, auf der Homepage der Bangladesch-Länder-KoGruppe: www.amnesty-bangladesch.de oder unter <http://www.amnesty.org/en/news/bangladesh-indigenous-peoples-engulfed-chittagong-hill-tracts-land-conflict-2013-06-12>.

12. August 2013

Arrest of human rights defender sends a chilling message

ADILUR RAHMAN KHAN

The arrest of a prominent Bangladeshi human rights defender over the weekend is a clear violation of the right to freedom of expression, Amnesty International said. The organization has adopted Adilur Rahman Khan as a prisoner of conscience following his arrest without a warrant on 10 August. He is being detained solely for peacefully challenging alleged human rights violations by Bangladesh security forces.

“Adilur Rahman Khan’s arrest sends a chilling message to government critics – if you raise concerns about human rights, there will be serious consequences. He must be released immediately and unconditionally,” said Abbas Faiz, Bangladesh researcher at Amnesty International. “Instead of punishing human rights defenders, the Bangladeshi authorities must address alleged violations by carrying out investigations and holding accountable those responsible.”

Adilur Rahman Khan is the secretary of Dhaka-based human rights organization [Odhikar](#). Yesterday detectives searched Odhikar’s office, seizing computers and other equipment. In recent months Odhikar had been critical of the Bangladeshi security forces’ actions during [protests by the opposition group Hefazat-e-Islam on 5 and 6 May this year](#). At least 44 people were killed during the protests, most of them after police allegedly used excessive force. Two police officers and a Bangladeshi Border Guard were reportedly killed by the protesters. At a press briefing on 11 August, the Dhaka Metropolitan Police’s Joint Commissioner Monirul Islam explained the reasons for Khan’s detention: “Odhikar published a motivated report which used the photos of those who had died in the Hefazat attacks on May 5... This has tarnished the image of the law enforcement agency, government, and, overall, the state”.

Odhikar has reported that as many as 61 people died during the May protests, but says it will not publish the list of victims’ names, fearing it would put their relatives at risk. It has instead called on the government to form a commission to carry out an independent and impartial investigation into the incident – a call echoed by Amnesty International and other international human rights organizations. “Rather than investigating the dozens of deaths reported, the authorities have turned against the messenger, Odhikar,” said Abbas Faiz. “The government of Prime Minister Sheikh Hasina is letting the security forces implicated in human rights violations off the hook, whilst suppressing those who raise concerns about their conduct. “This is in clear breach of the right to freedom of expression and makes a mockery of the Bangladeshi government’s pledges to other UN member states to uphold human rights.”

PRE01/472/2013/ 17. September 2013

Death sentence without right of judicial appeal defies human rights law

Bangladesh should immediately commute the death sentence of Abdul Quader Mollah, Amnesty International said after the Supreme Court increased his sentence from life imprisonment to death following an appeal by the government. Mollah, a senior leader in the opposition Jamaat-e-Islami party was first sentenced to life imprisonment for crimes against humanity by the Bangladeshi International Crimes Tribunal (ICT) in February 2013. The tribunal was set up in 2010 to try those accused of committing war crimes during Bangladesh's 1971 independence war.

"We are very concerned about the Supreme Court's ruling and the apparent relentless effort by the government to ensure that Mollah could be put to death. We urge Bangladeshi authorities to commute his death sentence, and to impose a moratorium on executions as a first step towards abolishing the death penalty," said Abbas Faiz, Amnesty International's Bangladesh Researcher.

The death sentence was handed down by the highest court in the country, giving Mollah no chance to appeal. The imposition of the death sentence without the possibility of appeal is incompatible with Bangladesh's obligations under international human rights law.

"Imposing a death sentence without the right of judicial appeal defies human rights law. There is no question that the victims of Bangladesh's independence war deserve justice, but one human rights violation does not cancel out another. Executions are a symptom of a culture of violence rather than a solution to it," said Faiz.

"This is the first known case of a prisoner sentenced to death directly by the highest court in Bangladesh. It is also the first known death sentence in Bangladesh with no right of appeal."

Amnesty International opposes the death penalty in all cases without exception, regardless of the nature or circumstances of the crime; guilt, innocence or other characteristics of the individual; or the method used by the state to carry out the execution.

AI-journal 08/09 2013

Erst die Moral, dann die Mode

»Es handelt sich um die bislang weltweit größte Katastrophe in der Geschichte der Textilindustrie.«

Textilunternehmen in Bangladesch haben fundamentale Sicherheitsbestimmungen missachtet, um billiger produzieren zu können. Die Folgen sind katastrophal. Nun haben NGOs, Gewerkschaften und Parteien in Bangladesch ein Abkommen geschlossen, das solche Unglücke künftig verhindern soll. Auch westliche Konzerne wollen sich daran beteiligen.

Von Bernhard Hertlein

»Vor elf Jahren haben die Gewerkschaften mit der Regierung und den Unternehmern vereinbart, dass gemeinsame Komitees über die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften in den Textilfabriken wachen«, sagte Sara Hossain, eine bekannte Rechtsanwältin und Menschenrechtsverteidigerin aus Bangladesch. Das war am 25. November 2012, einen Tag nach dem schweren Brand in der Tazreen-Textilfabrik bei Dhaka, bei dem mindestens 117 Menschen starben und mehr als 200 verletzt wurden. »Aber jetzt muss endlich etwas geschehen.« Tazreen soll unter anderem den Discounter KiK sowie C&A beliefert haben – Namen, die ebenso wie der des weltweit größten Einzelhandelskonzerns Walmart fünf Monate später wieder genannt wurden: Ende April geschah ein noch größeres Unglück im Dhakaer Stadtteil Savar. Beim Einsturz des achtstöckigen Geschäfts- und Fabrikgebäudes Rana Plaza starben mindestens 1.127 Menschen. Mehr als 2500 wurden verletzt.

Die bislang weltweit größte Katastrophe in der Geschichte der Textilindustrie hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Vor Ort bemühten sich neben den Rettungsdiensten Tausende freiwillige Helfer tagelang mit teilweise einfachsten Hilfsmitteln, die Trümmer beiseite zu räumen. Erschütternde Bilder gingen um die Welt und lösten in und außerhalb Bangladeschs eine große Spendenbereitschaft aus. Dem schlossen sich, nach einigen Tagen Verzögerung, auch einige Textilbetriebe an, die im Rana Plaza hatten produzieren lassen. Peinlich war allerdings das Auftreten des deutschen Discounters, der erklärte, schon lange keine Ware mehr aus der Unglücksfabrik bezogen zu haben – bis Rettungskräfte vor Ort ein T-Shirt aus der aktuellen Kollektion von KiK in die Kamera hielten.

Der Besitzer des Rana Plaza hatte sich nicht nur das Gelände illegal angeeignet, sondern auch die Bauvorschriften missachtet. Unmittelbar nach der Katastrophe tauchte er ab, vermutlich mit Unterstützung einflussreicher Politiker der Regierungspartei »Awami League«, zu deren Unterstützern er gehört. In der Öffentlichkeit wurden seine Verhaftung und die Todesstrafe gefordert - ein Reflex, der in Südasien leider bei jedem großen Unrecht oder Verbrechen auftritt. Wenige Tage nach seiner Flucht wurde der Eigentümer in der Nähe der indischen Grenze verhaftet. Ebenso erging es einigen Textilfabrikanten, die ihre Arbeiterinnen und Arbeiter trotz behördlichen Verbots am Tag der Katastrophe gezwungen hatten, in dem baufälligen Gebäude zu nähen. Die Katastrophe ereignete sich zu Beginn des Wahlkampfs, bei dem sich Regierung und oppositionelle Islamisten gegenüberstanden. Gleichwohl wurden erste Maßnahmen für einen besseren Gebäudeschutz eingeleitet. Dabei herrschte weitgehende Einigkeit, dass die gesetzlichen Grundlagen ausreichen. Was bislang fehlte, war der Wille, diese zu befolgen und zu kontrollieren. Die Stimmung war äußerst angespannt, und kurze Zeit schien es, als ob die Demonstrationen nach dem Unglück in Gewalt umschlagen und so das eigentliche Thema in den Hintergrund drängen würden. Doch dann setzten sich Nichtregierungsorganisationen, die die Proteste mit organisiert hatten, mit ihren Forderungen durch. Behörden, Gewerkschaften und Unternehmen waren nun bereit, Sicherungsmechanismen festzuschreiben und gemeinsam zu überwachen. Dazu gehört nicht nur, dass Notausgänge ausgewiesen und Feuerlöscher bereitgestellt werden müssen. Es müssen auch Rettungskräfte für den Notfall geschult werden. Etwa drei Wochen nach der Katastrophe schloss die Regierung 18 Betriebe wegen unzureichenden Gebäudeschutzes.

Etwa gleichzeitig setzten in Europa mehr als 30 große Textilunternehmen, darunter H&M, Zara, Primark, Aldi, Otto, S. Oliver und sogar KiK, ihre Unterschriften unter einen von der Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign – CCC) und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ausgehandelten Vertrag, der sie verpflichtet, Lieferverträge mit

Bangladesch von ausreichenden Sicherheitsstandards abhängig zu machen. Die Unternehmen, deren Zahl bald auf 470 anstieg, erklärten sich bereit, Investitionen in Gebäudesicherheit zu unterstützen. Obwohl nicht ganz klar ist, ob und welche Sanktionen bei Nichteinhaltung des Vertrags drohen, und obwohl sich die beiden US-Konzerne Walmart und GAP nicht daran beteiligten, ist das Abkommen ein wichtiger Schritt. Es macht klar, dass sich westliche Konzerne nicht aus der Verantwortung stehlen können, wenn sie ihre Lieferanten in Asien zwingen, immer billiger zu produzieren. Und der Vertrag bewahrt Bangladesch davor, so stigmatisiert zu werden, dass westliche Verbraucher keine Kleidung mehr kaufen wollen, die dort produziert wurde. Schließlich wäre ein Käuferboykott verheerend – nicht nur für die Unternehmen. Die Textilindustrie ist die große Chance für das Land, die Armut zu überwinden und wirtschaftlich aufzusteigen. Mehr als zehn Prozent des Bruttonutzenprodukts werden in der Textilindustrie erzielt. 80 Prozent der etwa 3,5 Millionen Beschäftigten sind Frauen. Diese Entwicklung hat das Land verändert. Obwohl die Löhne, monatlich ab etwa 35 Euro, nicht eben üppig sind, haben sie vielen jungen Frauen geholfen, ökonomisch unabhängiger zu werden.

Doch selbst wenn die Produktionsstätten sicherer werden, so sind längst nicht alle menschenrechtlichen Probleme in der Textilindustrie des Landes gelöst. Fair sind die Arbeitsbedingungen erst, wenn Betriebsräte und Gewerkschaften nicht mehr behindert werden, wenn sexuelle Übergriffe durch Vorgesetzte ausgeschlossen sind, wenn ein Mindestmaß an Kündigungsschutz garantiert ist und wenn auskömmliche Löhne pünktlich und regelmäßig ausgezahlt werden. Darauf haben auch die Verbraucher im Westen einen gewissen Einfluss. Man kann beim Kauf eines Kleidungsstücks nachfragen, unter welchen Bedingungen es produziert worden ist. Oder man kann sich an »Urgent Actions« von Amnesty International beteiligen, wenn ein Gewerkschafter oder ein Anwalt in Bangladesch zu Unrecht inhaftiert wurden.

Nach der Katastrophe gingen viele Fotos um die Welt. Auf einem ist eine junge Mutter mit ihrem schlafenden Baby zu sehen. Der Vater kam beim Einsturz des Rana Plaza ums Leben. Nun muss die Mutter allein sehen, wie sie mit ihrem Säugling durchkommt. Das ist nicht leicht in einem Land wie Bangladesch. Doch sie ist optimistisch. Alif, der Name, den sie ihrem Mädchen gab, ist der erste Buchstabe des arabischen Alphabets. Mit Alif soll eine neue Zeit beginnen.

BANGLADESCH-CHRONIK**Menschenrechte:**

- (siehe auch: Kriegertribunal/Shahbag/Hefazat Todesstrafe, Innere Sicherheit/Polizei, Medien/Pressefreiheit, Chittagong Hill Tracts, Frauen, Bangladesch und Indien, Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)
17. April 2013 Vier Blogger, Asif Mohiuddin, Subrata Shuvo, Moshir Rahman Biplob und Rasel Parvez, werden unter Section 52 (2) des „Information and communication technology act“ angeklagt. Eine Freilassung auf Kaution wird abgelehnt. Der ermittelnde Polizeiinspektor Mainul Islam erklärt, die vier Verhafteten hätten in ihren Blogs Somewherein, Nagorik, Amarblog und andere den Islam, den Propheten Mohammed und andere Religionen beleidigt. Auf Asif Mohiuddin ist am 14. Januar 2013 ein Attentat verübt worden, dem er nur knapp entkam. Anfang April sind vier mutmaßliche Täter verhaftet worden. Als Asif ihnen Monate später „zufällig“ im Gefängnis begegnet, drohen sie ihm an, das nächste Mal werde er nicht überleben.
29. April 2013 Bangladesch durchläuft nach 2009 zum zweiten Mal ein Universal Periodic Review (UPR) vor dem UN Human Rights Council in Genf. Außenministerin Dr. Deepu Moni weist Medienberichte über 151 Verschwundene zwischen Januar 2009 und Juni 2012 und über extralegale Hinrichtungen zurück. Sprecher des Human Rights Forum Bangladesh (HRFB), eines Zusammenschlusses von 19 Menschenrechtsorganisationen, äußern sich enttäuscht und fordern transparente und unparteiische Untersuchungen.
9. Mai 2013 Shahidul Alam von der Drik Gallery in Dhaka, Fotograf und Blogger, erklärt auf der Berliner Internetkonferenz re:publica: „In Bangladesch will man als Blogger nicht sein. Youtube ist vergangenen September gesperrt worden. Außerhalb der Blogosphäre hat niemand dagegen protestiert.“ Das Problem sei, so Alam, dass man nicht wisse, wem man vertrauen könne. "Manche kämpfen wie Partisanen, manche sind extremistisch, manche machen Propaganda. Aber es gibt auch Individuen in der Blogosphäre, die bekannt geworden sind und eine immer größere Community um sich herum scharen," sagt Shahidul Alam. Das gebe ihnen Kraft, und das mache sie so gefährlich für die Regierung. Immer wieder würden regierungskritische Blogger verhaftet, weil sie "Feinde des Islam" seien. Namentlich erwähnt er Asif Mohiuddin, den Gewinner des [Bobs-Awards](#) 2012.
19. Mai 2013 Auf ihrer Jahresversammlung in Bochum lehnen die Delegierten der deutschen Sektion von Amnesty International das von der Hefazat-e-Islami geforderte Blasphemiegesetz ab. Das Recht auf Religionsfreiheit dürfe nicht in Frage gestellt werden. Zugleich zeigt sich die Jahresversammlung besorgt, dass Blogger, die sich im Internet kritisch zu Religionsfragen oder dem laufenden Kriegertribunal geäußert haben, von den Behörden Bangladeschs nicht geschützt und schließlich Anfang April 2013 selbst inhaftiert wurden. Die Jahresversammlung geht davon aus, dass die Blogger nur von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht haben.
20. Mai 2013 Der Generalsekretär der regierenden Awami League, Syed Ashfarul Islam, und Innenminister Muhiuddin Khan Alamgir verkünden gemeinsam, die Regierung habe ein einmonatiges Demonstrationsverbot beschlossen. Begründet wird dies mit dem schweren Sturm Mahasen und mit der allgemeinen Sicherheit. Die größte Oppositionspartei Bangladesh Nationalist Party, BNP, hat mindestens seit dem 5. Mai immer wieder vergeblich versucht, eine Demonstration anzumelden. Die Opposition kritisiert, das

Versammlungs- und Demonstrationsverbot sei undemokratisch und verstoße gegen die Verfassung. Auch die mitregierende Workers Party kritisiert den Beschluss. Ebenso verurteilt die in Bangkok ansässige Menschenrechtsorganisation Asian Forum for Human Rights and Development den Beschluss. Mizanur Rahman, Vorsitzender der Nationalen Menschenrechtskommission, verteidigt das Demonstrationsverbot. Nach der von der Islamistenbewegung Hefazat ausgehenden Gewalt am 5. Mai sei eine Ausnahmesituation eingetreten. Allerdings müsse das Demonstrationsverbot zeitlich eng begrenzt werden.

21. Mai 2013

Vor der 16. Sitzung des UN-Menschenrechtsausschusses in Genf beklagen Menschenrechtler aus Bangladesch, dass die Regierung nichts unternommen habe, um extralegale Hinrichtungen und Verschwindenlassen zu beenden. Sultana Kamal, Exekutivdirektor von Ain-o-Salish-Kendra, berichtet, dass in der Zeit von Januar 2009 bis Juni 2012 mindestens 151 Menschen verschwanden, ohne dass die Regierung ernsthafte Schritte unternommen habe, die Fälle aufzuklären. Die meisten seien vermutlich von Sicherheitskräften entführt worden. Außerdem unternehme die Regierung zu wenig, um Angehörige indigener und religiöser Minderheiten zu schützen. Auf der gleichen Pressekonferenz beschuldigt der Geschäftsführer von Transparency International Bangladesh, Iftekharuzzaman, die Islamistenbewegung Hefazat, bei der Zahl der Todesopfer bei den jüngsten Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und ihren Aktivisten weit übertrieben zu haben. Aber auch die Regierung habe bisher nichts unternommen, um die Wahrheit herauszufinden und Vertrauen wiederherzustellen. Auf der gleichen Pressekonferenz in Genf sprachen auch Ranjan Karmakar und Jakir Hossain (Nagorik Uddyog).

22. Mai 2013

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert in ihrem Jahresbericht die extralegalen Hinrichtungen und Fälle von Verschwundenen in Bangladesch. Sie beklagt die zahlreichen Fälle von politischer und religiöser Gewalt, Gewalt gegen Frauen, protestierende Arbeiter und Angehörige von ethnischen Minderheiten sowie die Todesstrafe. Der Bericht benennt mindestens 30 Fälle von extralegalen Hinrichtungen in 2012 und mindestens zehn Verschwundene. Darunter sei der führende BNP-Politiker M Ilias Ali. Mindestens vier Menschen seien durch politische Gewalt umgekommen und 45 Todesurteile ausgesprochen worden. Außerdem erwähnt der Bericht 111 Todesfälle beim Brand in der Textilfabrik von Tazreen Fashions Limited.

Shamim Reza (26), Sohn von Hazi Alauddin aus dem Dorf Jhauchar im Upazila Sonargaon stirbt im Dhaka Medical Hospital mutmaßlich an den Folgen von Folter in Polizeigewahrsam. Mutmaßlich soll er in einen Polizistenmord verstrickt gewesen sein. Shamims Frau Sadikun Nahar Tuhin behauptet zudem, der ermittelnde Offizier Arup Tarafder habe 500.000 Taka für die Freilassung ihres Mannes gefordert. Gezahlt habe man die Hälfte. Die Polizei von Narayanganj richtet eine dreiköpfige Untersuchungskommission ein.

3. Juni 2013

Amnesty International äußert sich besorgt über das Verschwinden von Nazrul Islam. Er wurde am 12. April aus seinem Haus in Saheb Parha im nördlich von Bangladesch gelegenen Bezirk Joypurhat entführt. Seine Entführer erklärten der Familie, sie gehörten "zur Regierung". Seitdem fehlt jede Spur von Nazrul Islam. Es wird befürchtet, dass er an einen unbekanntem Ort gebracht worden ist und ihm nun Folter oder eine außergerichtliche Hinrichtung drohen. Nazrul Islam ist in Joypurhat

Bezirkssekretär der Jamaat-e-Islami.

12. Juni 2013 Amnesty International veröffentlicht den umfangreichen Bericht „Pushed to the Edge“ zu den indigenen Völkern und den schwerwiegenden Landkonflikten in den Chittagong Hill Tracts. Amnesty International fordert die bangladeschische Regierung auf, die Verpflichtungen der internationalen Menschenrechtsabkommen zu achten, einschließlich die UN-Erklärung der Rechte der Indigenen Völker sowie die ILO-Konvention 107 zu indigenen und in Stämmen lebenden Völkern. Die Regierung soll konkrete Schritte unternehmen, um den Indigenen ihr traditionelles Land wiederzugeben mit angemessener Teilhabe der indigenen Frauen und Männer. AI ruft zudem im Hinblick auf die Parlamentswahlen im kommenden Jahr die politischen Parteien dazu auf, das Recht der Indigenen auf ihr traditionelles Land in ihre Wahlprogramme aufzunehmen.
14. Juni 2013 Erneut ist nach Angaben von Amnesty International ein Mitglied der oppositionellen Jamaat-e-Islami verschwunden. Anwarul Islam Masum, Student und Sekretär des Büros des Bangladesh Islami Chhatra Shibir in Rajshahi, wurde entführt. Laut Angaben seiner Familie durchsuchten 30 bis 40 Angehörige der Polizei und des Schnellen Einsatzbataillons RAB (Rapid Action Battalion), eine Sondereinheit, die mit hunderten Mordfällen in Verbindung gebracht wird, in den frühen Morgenstunden des 4. April die Wohnung von Anwarul Islam Masum in Rajshahi und entführten ihn. Familienangehörige berichteten Amnesty International, dass sie das Haus während der Durchsuchung nicht verlassen durften und deshalb nicht sehen konnten, wohin er gebracht wurde. Nachbarn erzählten ihnen jedoch, dass sie beobachten konnten, wie die Beamten Anwarul Islam Masum ein Fahrzeug mit RAB-Kennzeichnung besteigen ließen und mit ihm wegfuhrten.
19. Juni 2013 Im Jahresbericht des US-Kongresses zu Menschenhandel behält Bangladesch Rang zwei inne. Im Vorjahr hatte das Land seinen Rang verbessert. Rang zwei bedeutet, dass ein Land die Mindeststandards des US Trafficking Victims Protection Act noch nicht voll erfüllt, aber signifikante Bemühungen unternommen hat. Bangladesch habe Bestimmungen entworfen, um den 2012 Human Trafficking Deterrence and Suppression Act, HTDSA, umzusetzen und begonnen, unter diesem Gesetz Fälle zu verfolgen. Der inadäquate Schutz vor Menschenhandel und der Opfer von Menschenhandel bleibt ein großes Problem. Zudem eine mutmaßliche Involvierung von Regierungsbeamten und Parlamentsmitgliedern in Menschenhandel.
26. Juni 2013 Nazrul Islam befindet sich Informationen Amnestys nicht mehr in Haft. Die Polizei bestreitet dies jedoch. Nazrul Islam befindet sich laut Angaben seiner Familie seit kurzem wieder zu Hause. (siehe Eintrag am 3. Juni)
27. Juni 2013 Der Blogger Asif Mohiuddin kommt auf Kautionsfrei. Zuvor waren bereits die anderen Blogger Mitte Mai und Anfang Juni auf Kautionsfrei gekommen. Der nächste Gerichtstermin wird auf den 25. August festgesetzt. Asif Mohiuddin war seit dem 3. April in Haft, weil er angeblich im Internet den Islam beleidigt haben soll.
28. Juni 2013 Die Journalistenorganisation „Reporter ohne Grenzen“ begrüßt die Freilassung von Asif Mohiuddin auf Kautionsfrei. Allerdings müssten alle vier Blogger Subrata Adhikari Shuvo, Mashiur Rahman Biplob, Rasel Parvez und Asif Mohiuddin sofort bedingungslos freikommen. Artikel 57 des 2006 in Kraft getretenen Information and Communication Technology Act verstoße gegen

das fundamentale Recht auf Meinungsfreiheit in der bangladeschischen Verfassung und gegen internationale Standards.

1. Juli 2013 Im ersten Halbjahr 2013 starben nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Ain o Salish Kendra (ASK) 258 Menschen an den Folgen politischer Gewalt. Im gesamten Vorjahr waren es 84. Weitere 10512 Menschen wurden verletzt. 22 kamen bei sogenannten "Kreuzfeuern" mit Sicherheitskräften ums Leben. 35 starben im Gefängnis und 12 in Polizeigewahrsam an den Folgen von Folter. 11 Bangladeshis starben durch Schüsse der Indian Border Security Force (BSF).
- Monira Rahman scheidet als Geschäftsführerin der Acid Survivors Foundation aus. Ihre Nachfolgerin ist Selina Ahmed. Monira Rahman, die 2005 den Menschenrechtspreis der deutschen Sektion von Amnesty International erhalten hat, wird ASF noch als Beraterin zur Verfügung stehen.
1. August 2013 Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch erhebt schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitskräfte in Bangladesch. Bei den Protesten in den vergangenen Monaten sollen Polizisten, Grenzschützer und paramilitärische Kräfte zahlreiche Demonstranten und Zuschauer brutal zusammengeschlagen und in die Menge gefeuert haben. Einige verhaftete Personen seien kaltblütig hingerichtet worden. Seit Februar liefern sich Islamisten Straßenschlachten mit der Polizei. Ihre Proteste richten sich gegen Kriegsverbrecherprozesse, die Gräueltaten im Unabhängigkeitskrieg von 1971 aufarbeiten sollen. Angeklagt sind viele führende Mitglieder der Jamaat-e-Islami. Im Mai belagerten Hunderttausende Mitglieder einer anderen islamischen Organisation, der Hefazat-e-Islam, die Hauptstadt Dhaka, um die Einführung drastischer islamischer Gesetze zu erzwingen.
10. August 2013 Adilur Rahman Khan, Gründer und Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation Odhikar, wird gegen 22.30 Uhr in seiner Wohnung verhaftet. Er wird in das Office des Detective Branch of Dhaka Metropolitan Police in Dhaka in der Minto Road gebracht. Erst später wird er informiert, dass er gegen den Information and Communications Technology Act von 2006 verstoßen habe. Dieses Gesetz wurde schon von wechselnden Regierungen missbraucht, um Oppositionelle zu verhaften. Konkret wirft ihm die Regierung vor, einen gefälschten Bericht über gewalttätige Zusammenstöße am 5. Mai 2013 veröffentlicht zu haben. In dem Bericht erklärt Odhikar, dass 61 Personen getötet wurden.
12. August 2013 Aktivisten mehrerer Menschenrechtsorganisationen protestieren mit einer Menschenkette vor dem High Court gegen die Verhaftung von Adilur Rahman Khan, Geschäftsführer von Odhikar. In einer Presseerklärung kritisiert auch Amnesty International, die Verhaftung Adilurs sei in Wirklichkeit eine Warnung an alle Oppositionellen, sie sollten die Regierung nicht kritisieren. „Sie verletzt in klarer Weise das Recht auf freie Meinungsäußerung“, sagt AI-Researcher Abbas Faiz. Statt Menschenrechtler zu verhaften, solle die Regierung die Vorwürfe untersuchen und die Verantwortlichen verhaften. Ähnlich äußert sich auch Human Rights Watch. Wenn die Regierung glaubt, Adilur irre mit seinen Vorwürfen über Gewaltakte im Mai, solle sie dies offen debattieren anstatt den Überbringer der Nachricht ins Gefängnis zu werfen. Weiter setzen sich die bangladeschischen Menschenrechtler Khushi Kabir, Hameeda Hossain, Sultana Kamal, Shaheen Anam, Shireen Huq, Sara Hossain, Anu Muhammad, Iftekharuzzaman, Imtiaz Ahmed, Prof Piash Karim, Meghna Guhathakurta und Zafrullah Chowdhury für die Freilassung Adils und ein

fares Verfahren ein. Ähnlich äußern sich in unabhängigen Erklärungen die Bangladesh National Women Lawyers' Association, Shushasoner Jonyo Nagorik (Sujon) und Nagorik Udyog sowie die Asian Human Rights Commission.

14. August 2013 Sechs mutmaßliche Beteiligte an der Ermordung von Staatsgründer Sheikh Mujibur Rahman sind weiterhin auf der Flucht. Major (ret'd) Noor Chowdhury lebt in Kanada und Major (ret'd) Rashed Chowdhury in den USA. Bei vier weiteren — Col (dismissed) Khandaker Abdur Rashid, Lt Col (relieved) Shariful Haque Dalim, Capt Abdul Mazed und Risaldar Moslehuddin Khan ist der Aufenthaltsort unbekannt. Sie werden von Interpol gesucht.
15. August 2013 Liz Throssell, Sprecherin des UN High Commissioner for Human Rights, kritisiert die Inhaftierung von Adilur Rahman Khan, Geschäftsführer von Odhikar, in Bangladesch. Marie Harf, stellvertretende Sprecherin des US State Department, fordert die sofortige Freilassung von Adil.
26. August 2013 Die World Organisation Against Torture (OMCT) und die International Federation for Human Rights (FIDH) fordern den Präsidenten Bangladeschs auf, die Information and Communication Technology (ICT) (Amendment) Act (2013) Ordinance nicht in Kraft zu setzen. Die Verordnung war am 19. August vom Kabinett in aller Eile beschlossen worden, obwohl eine solche Gesetzesänderung eigentlich Sache des Parlaments ist. Das Gesetz ermöglicht nach Ansicht von OMCT und FIDH die willkürliche Verhaftung von Menschenrechtsverteidigern und anderen Regierungskritikern.
2. September 2013 Der bangladeschische Oppositionsaktivist Anwarul Islam Masum, der am 4. April mutmaßlich von Angehörigen der Polizei aus seinem Haus in Rajshahi entführt wurde, kommt frei. Amnesty International begrüßt die Freilassung. (siehe Eintrag vom 14. Juni 2013)
9. September 2013 Staatsanwalt Tapash Paul erhebt Anklage gegen die vier Blogger Asif Mohiuddin (26), Moshir Rahman Biplob (42), Rasel Parvez (35) und Subrata Adhikari Shuvo (24). Sie sollen im Internet auf Facebook sowie den Blogs somewhereinblog.net, nagorikblog.com and amarblog.com. den Islam und Prophet Mohammed beleidigt, aber auch abfällige Bemerkungen über Premierministerin Sheikh Hasina Wajed und die ehemalige Innenministerin Shahara Khatun veröffentlicht haben. Die Anklage stützt sich auf den gerade verschärften Information Communication and Technology Act (ICT). Darin droht den Bloggern zwischen sieben und 14 Jahren Haft. Der nächste Gerichtstermin wird auf den 6. November festgesetzt. Die Blogger weisen die Vorwürfe gegen sie zurück. Sie seien Ungläubige und hätten die Partei Jamaat-e-Islami sowie ihre Studentenorganisation kritisiert. Aber sie hätten nicht die Religion oder ihre Anhänger beleidigt. Die vier Blogger waren Anfang April verhaftet worden, befinden sich aber augenblicklich gegen Kautions auf freiem Fuß.
18. Sept. 2013 Nach einer Studie des UN-Bevölkerungsfonds UNFPA heiraten in Bangladesch 66 Prozent der Frauen unter 18 Jahren – das ist das von den UN empfohlene Mindestheiratsalter. Bangladesch steht damit an der Spitze Südasiens. Als Folge werden Frauen viel zu jung schwanger. Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt sind weltweit die häufigste Todesursache bei Mädchen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren in Entwicklungsländern.
19. Sept. 2013 Die Gesellschaft für bedrohte Völker fordert 1700 Jahre nach der „Konstantinischen Wende“ einen neuen Pakt für weltweite Religionsfreiheit. Referent Ulrich Delius kritisiert unter anderem die Zerstörung buddhistischer

Schreine in Bangladesch.

Kriegsverbrechertribunal, Shahbag und Hefazat-e-Islam:

(siehe auch: Menschenrechte)

14. Mai 2013 Das International Crimes Tribunal-2 erlässt Haftbefehl gegen Syed Mohammad Qaisar. Der Anführer des sogenannten Peace Committee in Habiganj wird wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord während des Befreiungskrieges angeklagt.
15. Mai 2013 US-Sonderbotschafter Stephen Rapp begrüßt die Verfahren gegen Kriegsverbrecher in Bangladesch. Bei einem zweitägigen Besuch in Dhaka kritisiert er jedoch vier Punkte: Internationale Standards würden nicht eingehalten, Gesetze während des Verfahrens geändert, Beweise seien nicht ausreichend und die Verteidigung werde in ihrem Recht, Zeugen zu benennen, beschnitten.
19. Mai 2013 Eine Zeugin beschuldigt Salauddin Quader Chowdhury vor dem Sondertribunal zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen von 1971, selbst an dem Massaker in Unasattarpara bei Chittagong einen Tag vor dem Ende des Unabhängigkeitskrieges beteiligt gewesen zu sein. Die heute 78-jährige Chapola berichtet, Salauddin habe die Einheit der pakistanischen Armee begleitet und Bewohner des Dorfes gezwungen, sich an einer bestimmten Brücke zu versammeln. Bei dem Massaker kamen auch Chapolas Vater und zwei Brüder ums Leben. Salauddin wird beschuldigt, an insgesamt 23 schweren Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein.
20. Mai 2013 Das International War Crimes Tribunal-2 lehnt es ab, den Mitschnitt eines Skype-Gesprächs zwischen dem in Brüssel lebenden Rechtsexperten Ahmed Ziauddin und dem ehemaligen ICT-Richter Nizamul Huq über das ICT weiter zu verfolgen. Die Kopie sei rechtswidrig erstellt und von den Hackern vermutlich verfälscht worden. In der Folge war Huq von seinem Amt zurückgetreten. Das ICT hatte Ahmed Ziauddin Anfang Januar aufgefordert, zu erklären, warum er nicht wegen Verhinderung eines fairen Prozesses angeklagt werden solle.
21. Mai 2013 In dem Kriegsverbrecherprozess des ICT 2 gegen Abdul Alim berichtet der heute 55-jährige Zeuge Sardar Md Abdul Hafiz, dass pakistanische Soldaten und Biharis am 25. April 1971 Häuser im Jaipurhat-Distrikt in Brand setzten und Unbeteiligte entführten, darunter zwei Brüder des Zeugen. Zwei andere Angehörige der Familie waren auf Seiten der Befreiungskämpfer in den Krieg gezogen. Einer der beiden verhafteten Brüder kehrte nach 1971 nicht zurück. Allerdings konnte der Zeuge nicht sagen, ob Alim an der Aktion beteiligt war.
- Vor dem ICT 1 beschuldigt der Zeuge Md Darul Islam (heute 73 Jahre alt) den früheren Awami-League-Politiker Mobarak Hossain, 1971 an Massenerschießungen in Brahaminbaria beteiligt gewesen zu sein. Konkret sagt Darul aus, er habe am 19. August 1971 zusammen mit 120 anderen Befreiungskämpfern die Brücke Tinlakhpir zerstört. Daraufhin sei eine pakistanische Einheit in das Dorf eingedrungen und habe mit Hilfe mehrerer Razakars, darunter Mobarak, 132 Dorfbewohner gezwungen, in einem Haus zusammenzukommen. Von ihnen wurden 33 beschuldigt, Beziehungen zu Friedenskämpfern zu haben. Sie mussten ihre eigenen Gräber ausheben, bevor sie erschossen wurden, berichtet Darul.
22. Mai 2013 Sukhranjan Bali, ein verschwundener Zeuge beim ICT, befindet sich

möglicherweise unter den 130 Bangladeschis, die im Zentralgefängnis im indischen Kolkata festgehalten werden. Ein entsprechender Untersuchungsauftrag von Außenministerin Deepu Moni an die bangladeschische Vertretung in Kolkata habe jedoch zu keinem Ergebnis geführt, heißt es. Sukhranjan, ein von der Verteidigung Delwar Hossain Sayeedis nominierter Zeuge, war im November 2012 verschwunden, noch bevor er seine Aussage machen konnte. Sayeedis Verteidiger sprechen von Entführung.

23. Mai 2013 Hefazat beschuldigt die Polizei, ihren Generalsekretär Zunayed Babunagari gefoltert und zu einem Geständnis gezwungen zu haben. Die Erklärung, Hefazat habe bewusst Gewalt eingesetzt, um die Regierung unter Druck zu setzen, sei nur unter Folter entstanden und falsch.
- Das International Crimes Tribunal-2 lehnt eine Freilassung von Ex-Minister Syed Md Qaisar, Mitglied der Jatiya Party, auf Kaution ab. Die Ermittlungen sollten nicht behindert werden.
13. Juni 2013 Abdul Alim hat nach Zeugenaussagen 1971 in Kadipur in Joypurhat die Ermordung von 350 bis 370 Hindus angeordnet. Das sagt Bhagirath Chandra Barman, der selbst bei dem Verbrechen viele Verwandte verloren hat, als Augenzeuge vor dem International Crimes Tribunal-2.
15. Juli 2013 Ghulam Azam (91), früherer Chef der Jamaat-e-Islami, wird wegen Mord, Folter und ethnischer Säuberungen zu 90 Jahren Haft verurteilt. Azam hat 1971 die Jamaat-e-Islami geleitet, die mit eigenen Miliz-Einheiten brutal gegen die Unabhängigkeitsbewegung vorging. Wegen seines hohen Alters sieht das War Crimes Tribunal (ICT) von der Todesstrafe ab.
17. Juli 2013 Ali Ahsan Mohammad Mujahid (66), Generalsekretär der Jamaat-e-Islami, wird wegen Kriegsverbrechen 1971 zum Tode verurteilt. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch erhebt Bedenken gegen die Arbeitsweise des Gerichts. Es war 2010 eingesetzt worden, um Vergehen mutmaßlicher Kollaborateure der pakistanischen Armee im Unabhängigkeitskrieg 1971 aufzuklären. Vertreter der Shabhag-Bewegung begrüßen das Todesurteil.
27. Juli 2013 In der Shrimps-Farming-Zone von Polder 19 im Khulna-Distrikt werden drei Dorfbewohner angegriffen. Die Männer, die sich für ihre Landrechte eingesetzt haben, müssen im Krankenhaus behandelt werden. Außerdem erneut werden drei Dorfbewohner nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Nijera Kori im Auftrag von Shrimps-Farmern mit falschen Anklagen überzogen.
7. Sept. 2013 Ein Shabhag-Aktivist wird in Paribagh von fünf Angreifern schwer verletzt. Zeugen retten ihn und bringen ihn in das Dhaka Medical College Hospital.
15. Sept. 2013 Abdus Subhan, führender Politiker der Jamaat-e-Islami, wird vor dem War Crimes Tribunal angeklagt. Die Ermittlungen hätten ergeben, dass Subhan als Vizepräsident des Pabna Peace Committee, einer Organisation in enger Verbindung mit der pakistanischen Armee, in neun Kriegsverbrechen wie Völkermord, Bestechung, Folter und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwickelt gewesen ist. Subhan befindet sich seit dem 20. September 2012 in Haft.
17. Sept. 2013 Der führende Jamaat-Politiker Abdul Quader Mollah wird von einem Berufungsgericht des Supreme Court wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Befreiungskrieg 1971 zum Tode verurteilt. Insbesondere wird ihm vorgeworfen, Hazrat Ali und seine Familie ermordet zu haben. Das

ICT 2 hatte ihm am 5. Februar zu lebenslanger Haft verurteilt. In den Tagen nach dem Urteil kommt es zu Protesten, bei denen zwei Menschen getötet und mindestens 15 verletzt werden.

1. Oktober 2013 Auch der BNP-Abgeordnete Salauddin Quader Chowdhury wird wegen Beteiligung an Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt. Durch eine Indiskretion wurden Urteil und Begründung bereits vorab in London veröffentlicht. Die Ehefrau des Verurteilten erklärte, dass sie ebenfalls eine Kopie des Urteils erhalten habe, und zwar von einem Sekretär des Justizministers. Amnesty International verurteilt das erneute Todesurteil. Die Kriegsverbrechen 1971 waren schlimm, aber sie dürfen nicht Anlass für neue Menschenrechtsverletzungen sein, sagt Abbas Faiz, Bangladesch-Researcher bei AI. Er fordert die Regierung auf, mit einem Moratorium für Hinrichtungen einen ersten Schritt zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen.

Todesstrafe:

(siehe auch: Kriegsverbrechertribunal/Shahbag)

19. Mai 2013 In Chittagong verurteilt ein Gericht einen Mann wegen der Ermordung seiner Freundin am 21.10.2010 zum Tode, zudem zu einer Geldstrafe von 10.000 Taka. Der Angeklagte, der auf Kaution freigelassen worden war, befindet sich auf der Flucht.
- In Chittagong verurteilt ein Gericht vier Männer zum Tode und fünf weitere zu lebenslanger Haft, drei von diesen in Abwesenheit. Die Verurteilten werden schuldig gesprochen, am 10.11.2009 die 58-jährige Mutter des zusätzlichen öffentlichen Anklägers Nazrul Islam, Chaman Ara, nahe der Universität im Chandanaish Upazila erdrosselt zu haben.
12. Juni 2013 In Narayanganj verurteilt ein Gericht drei Männer zum Tode. Sie werden schuldig befunden, in der Nacht vom 29.3.2008 in Nawagaon einen jungen Mann ermordet zu haben, der in einem Fall von Diebstahl gegen sie ausgesagt hatte.
16. Juni 2013 Das Parlament verabschiedet das Kinder-Gesetz 2013. Dies beinhaltet die Möglichkeit der Todesstrafe, wenn Kinder von Erwachsenen für terroristische Akte, wie sie in Artikel 6 des Antiterrorismugesetzes 2009 stehen, benutzt werden. Das Gesetz verbietet zudem die Verhaftung von Kindern unter neun Jahren. Kindern ab neun Jahren, die verhaftet oder inhaftiert werden, dürfen keine Handschellen angelegt werden.
20. Juni 2013 Ein Schnellgericht in Dhaka verurteilt zehn Mitglieder der Jemaatul Mujahideen zum Tode wegen des Selbstmordattentats im Gebäude der Anwaltsverei- nigung in Gazipur am 29.11.2005. Bei diesem Anschlag waren acht Menschen getötet worden.
30. Juni 2013 In Chittagong verurteilt ein Gericht fünf Männer aus Banshkhalis Purba Chambol in Abwesenheit zum Tode. Sie werden schuldig befunden, am 10.4.1997 eine Jugendliche entführt und vergewaltigt zu haben.
- Ein Gericht in Rajshahi verurteilt einen Mann zum Tode und zwei Männer zu je drei Jahren Haft. Sie werden schuldig befunden, am 22.6.2011 einen Polizisten mit Messerstichen so schwer verletzt zu haben, dass er später starb.
9. Juli 2013 Das Distriktgericht in Lalmonirhat verurteilt vier Männer zum Tode. Sie werden schuldig befunden, am 10.1.2008 eine Collegestudentin entführt,

vergewaltigt und getötet zu haben. Anschließend warfen sie den Leichnam in einen Teich, wo er zwei Tage nach der Entführung gefunden wurde.

Justiz/Urteile/Gefängnisse:

(siehe: Menschenrechte, Shahbag/Kriegsverbrechertribunal, Innere Sicherheit/Polizei, Textilindustrie)

Innenpolitik:

(siehe auch: Menschenrechte, Todesstrafe, Korruption, Innere Sicherheit/Polizei, Demonstrationen, Religionen, Chittagong Hill Tracts, Armut, Umwelt/Natur/Klima, Wirtschaft)

15. Mai 2013 Die Vorsitzende der größten Oppositionspartei Bangladesh Nationalist Party (BNP), Begum Khaleda Zia, lehnt Verhandlungen mit der Awami League (AL) über die nächsten Wahlen ab. Zur Begründung nennt sie das Verbot eines von ihrer Partei beantragten dreitägigen Streiks und die Verhaftung des BNP-Abgeordneten Barkatullah Bulu in Dhaka. Dem Politiker werden Angriffe auf Polizisten und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen.
25. Mai 2013 Die oppositionelle 18-Parteien-Allianz fordert auf Demonstrationen landesweit den Rücktritt der Regierung und die Einsetzung einer Übergangsregierung. Einige Demonstranten zünden kleine Sprengsätze und setzen Fahrzeuge in Brand.
1. Juni 2013 Vertreter der Wirtschaft kritisieren auf einer Pressekonferenz die anhaltenden Streiks in Bangladesch.
6. Juli 2013 Bei Kommunalwahlen in Gazipur bei Dhaka erleidet die regierende AL eine empfindliche Niederlage. Die Wahlen verlaufen friedlich.
1. August 2013 Die größte islamische Partei Bangladeschs, die Jamaat-e-Islami, darf nicht an den nächsten Wahlen teilnehmen. Nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs verstößt die Partei mit ihrer Ablehnung der Unabhängigkeit Bangladeschs und dem Ziel, einen islamischen Gottesstaat mit der Scharia als Rechtsbasis zu errichten, gegen die Verfassung. Das Gericht weist die Wahlkommission an, die Jamaat-e-Islami aus dem Parteienregister zu streichen. In den vergangenen Monaten waren mehrere Spitzenpolitiker der Jamaat-e-Islami von einem Sondertribunal in Dhaka wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden. Bei Protesten gegen die Urteile des Tribunals starben seit Januar in Bangladesch mehr als 100 Menschen.
14. August 2013 Bei Straßenkämpfen mit der Polizei in Dhaka stirbt Khalilur Rahman, führendes Mitglied der islamistischen Studentenorganisation Chhatra Shibir. Rund ein Dutzend Menschen werden verletzt. Die fundamentalistische Partei Jamaat-e-Islami hatte einen zweitägigen Generalstreik ausgerufen, um gegen ihren Ausschluss bei den Wahlen zu protestieren. Wie bereits am Vortag zündeten die Demonstranten in mehreren Städten des Landes kleine Bomben und warfen Steine. Die Polizei ging daraufhin mit Gummigeschossen gegen sie vor. 15 Aktivisten der Partei und ihrer Jugendorganisation wurden nach offiziellen Angaben wegen Brandstiftung und Straßenblockaden festgenommen. In der Hauptstadt Dhaka blieben die meisten Geschäfte und Schulen geschlossen.
15. September 2013 Bei einem Treffen mit Parteimitgliedern beschuldigt Sheikh Hasina in- und ausländische Gegner der Regierung der Konspiration. Sie könnten es nicht

ertragen, dass das Land in so kurzer Zeit so große Fortschritte gemacht habe.

3. Oktober 2013 Das Kabinett verabschiedet den Entwurf für ein neues Grameen-Bank-Gesetz. Es soll die Verordnung von 1983 ersetzen und der Zentralbank mehr Überwachungsrechte einräumen.

Kampf gegen Korruption:

- (siehe auch: Medien/Pressefreiheit, Bildung/Universitäten, Gesundheit/Bevölkerungsentwicklung, Energie- und Wasserversorgung)
19. Mai 2013 Die Premierministerin Sheikh Hasina weist in einem Interview mit dem kanadischen Fernsehsender CBC jede Verwicklung ihrer Familie oder der Awami League in die Korruptionsaffäre im Zusammenhang mit der Padma-Brücke zurück.
21. Mai 2013 Die ACC beschlagnahmt im Zusammenhang mit dem Betrug der Hallmark Group weitere Dokumente beim Generalmanager der Sonali-Bank.
23. Mai 2013 Die ACC bittet das Energieministerium darum, einen Fall angeblicher Korruption im Umfang von 20.245 Millionen Taka bei dem Bieterprozess für den Bau eines 250-MW-Kohlekraftwerkes bei Barapukuria zu untersuchen.
26. Mai 2013 Ein Gericht in Dhaka stellt im Zusammenhang mit einer Anklage gegen den ehemaligen Vize-Vorsitzenden Tarique Rahman wegen Veruntreuung von Geldern nach Singapur einen neuen Haftbefehl aus. Tarique Rahman lebt mittlerweile in London.
1. Juni 2013 Die ACC wird wahrscheinlich 65 gebürtige Bangladeschis anklagen, weil sie Steuern in Höhe von ca. 3,5 Milliarden Taka nicht gezahlt haben. Sie haben 121 teure Autos steuerfrei importiert und sie in den vergangenen drei Jahren verkauft.
2. Juni 2013 Transparency International Bangladesh, TIB, fordert den Erlass eines Gesetzes, das den gemeinsamen Boykott des Parlaments verbietet und weist darauf hin, dass die Parlamentarier der Opposition zwischen Januar 2011 und Dezember 2012 nur an zehn Sitzungen teilgenommen haben, aber alle Vorzüge genießen.
9. Juni 2013 TIB verlangt, dass der ACC der Status einer verfassungsmäßigen Einrichtung mit finanzieller Autonomie verliehen wird.
19. Juni 2013 Der scheidende Vorsitzende der ACC, Ghulam Rahman, bezeichnet die ACC als »zahnlosen Tiger«, dem aufgrund der zahlreichen Schlupflöcher in den Gesetzen selbst nach vier Jahren Amtszeit immer noch Klauen und Zähne wachsen müssen. Die meisten korrupten Menschen seien mächtig, finanziell und politisch, deshalb arbeite das politische System zu ihren Gunsten.
25. Juni 2013 Die Regierung setzt M. Bodiuzzman, ein derzeitiges Mitglied der ACC, als Interim-Vorsitzenden ein. Einen Tag später wird er offiziell zum Vorsitzenden ernannt.
26. Juni 2013 Ein Gericht in Dhaka ordnet auf Verlangen der ACC das Einfrieren aller 260 Konten der Hallmark Group bei 21 Banken an. Diese soll 20,7 Millionen Taka von der Ruposhi Bangla Hotel Branch der Sonali Bank erschwindelt haben.
6. Juli 2013 Das Innenministerium hat ein »Ethikkomitee« eingerichtet mit dem Ziel, die Korruption einzudämmen und »good practices« in allen Ämtern, einschließlich der Polizei und Sicherheitskräfte, unter dem Ministerium zu

fördern.

8. Juli 2013 Der Bericht von Transparency International, »Global Corruption Barometer 2012«, der in Dhaka vorgestellt wird, stellt fest, dass politische Parteien in Bangladesch die korruptesten Institutionen sind.
11. Juli 2013 Kazi Zafarullah, ein hochrangiger Politiker der Awami League, hat zusammen mit seiner Familie ein Netz von Offshore-Firmen auf den britischen Virgin Islands aufgebaut, die als heimlicher Hafen für Steuerflüchtlinge bekannt sind.
13. Juli 2013 Mindestens 300 Lehrern und Angestellten von nichtstaatlichen Gymnasien soll es gelungen sein, im Juni ein Gehalt vom Staat zu erhalten, obwohl sie nicht dazu berechtigt waren.
28. Juli 2013 Der High Court weist den Generalinspekteur der Polizei an, innerhalb von 72 Stunden einen Bericht vorzulegen, welche Schritte er unternommen hat, um Schutzgelderpressungen bei Warentransporten zu unterbinden.
Die ACC bestätigt eine Anklage gegen sieben ehemalige Angestellte der jetzt geschlossenen Oriental Bank mit dem Vorwurf, in die Veruntreuung von ca. 10.8 Millionen Taka verstrickt zu sein.
30. Juli 2013 Die ACC gibt ca. 10.3 Millionen Taka an Ferdous Ahmed Khan, den Sonderassistenten der Premierministerin, als 'Belohnung' dafür, dass er bei der Wiederbeschaffung der 130.15 Millionen Taka geholfen hat, die Arafat Rahman, der jüngste Sohn der BNP-Vorsitzenden Khaleda Zia, angeblich 2012 nach Singapur abgezweigt hatte.
31. Juli 2013 Andere Mitglieder der ACC sind überrascht über diesen Schritt und wollen die Auszahlung verhindern.
13. August 2013 Die Regierung plant gegen Ende ihrer Amtszeit, sofort Assistenzlehrer in allen staatlichen Gymnasien des Landes anzustellen. In weiten Kreisen wird von Korruption gesprochen.

Innere Sicherheit/Polizei:

- (siehe auch: Menschenrechte, Kriegsverbrechertribunal/Shahbag, Todesstrafe, Korruption, Demonstrationen, Bildung/Universitäten, Religionen, Chittagong Hill Tracts, Wirtschaft, Textilindustrie)
21. Mai 2013 Bei einem „Schusswechsel“ mit der Polizei in Cox's Bazar wird ein Mann getötet, der u.a. des Mordes bezichtigt wurde.
22. Mai 2013 Bei dem eintägigen, von der BNP initiierten Generalstreik in Dhaka werden 50 Fahrzeuge beschädigt und vierzehn Personen inhaftiert.
Zwei Jugendliche werden bei einem „Schusswechsel“ mit dem RAB in Dhaka getötet.
24. Mai 2013 Bei einem Kampf um Land in Brahmanbaria und Magura zwischen Aktivisten der AL und BNP werden mindestens 45 Personen verletzt.
25. Mai 2013 Ein mutmaßlicher Erpresser wird bei einem Schusswechsel mit der Polizei in Dhaka getötet.
26. Mai 2013 Zwei Aktivisten der Awami Juba League werden in einem Haus eines lokalen Anführers bei einem Treffen getötet. Die Polizei vermutet als Grund den Kampf um die Vorherrschaft in der Region.

Bei einem eintägigen Generalstreik der BNP gibt es vereinzelt Kämpfe mit der Polizei. Dabei werden mindestens zehn Personen verletzt.

Zwei Polizeiinspektoren in Narayanganj scheiden aufgrund ihrer mutmaßlichen Beteiligung an dem Tod eines inhaftierten Jugendlichen vom Dienst aus.

Bei Kämpfen zwischen RMG-Arbeitern und der Polizei in Ashulia und Gazipur außerhalb von Dhaka werden mindestens 20 Arbeiter verletzt. Mindestens zehn Fabriken bleiben an dem Tag geschlossen.

28. Mai 2013 Ein ehemaliger Anführer der BCL, Hasanul Haque Ratan, wird von nicht identifizierten Angreifern in Dhaka getötet.
29. Mai 2013 Ein mutmaßlicher Kuhdieb wird von einem Mob in Chuadanga getötet; Vier weitere Diebe werden verletzt.
31. Mai 2013 Das US State Department lobt die Bemühungen Bangladeschs im Bereich Anti-Terror. Bemängelt wird, dass das Gerichtswesen lange brauchen würde, um terroristische und andere Verbrechen zu bearbeiten.
- Ein lokaler AL Anführer wird von Angreifern in Bhola getötet.
1. Juni 2013 Ein Jugendlicher stirbt nach seiner Inhaftierung in Khilkhet. Nach Polizeiangaben wurde er zuvor von einem Mob wegen eines Diebstahls zusammengeschlagen.
- Eine Polizeieinheit untersucht mutmaßliche Erpressungsvorwürfe gegen einen Polizeibeamten, der im Zuge der Ermittlungen versetzt wurde.
3. Juni 2013 Bei Kämpfen zweier Gruppen von Dorfbewohnern in Sylhet um die Vorherrschaft in der Region werden ein Mann getötet und 60 weitere verletzt.
- Bei einem achtstündigen Generalstreik seitens der Jamaat-e-Islami aufgrund der Inhaftierung des Anführers Rafiqul Islam gibt es vereinzelt Auftreten von Gewalt.
- Bei einem Kampf mit der Polizei in Chittagong werden zwei mutmaßliche Räuber getötet, acht weitere inhaftiert.
7. Juni 2013 Als Dorfbewohner in Pirojpur fünf mutmaßliche Räuber zusammenschlagen, stirbt einer von ihnen und zwei weitere werden verletzt.
8. Juni 2013 Bei einem „Schusswechsel“ mit der Polizei in Dhaka wird ein mutmaßlicher Straßenräuber getötet.
- Bei einem Kampf von Dorfbewohnern in Faridpur über die Vorherrschaft in der Gegend werden mindestens 100 Personen verletzt.
12. Juni 2013 Als Polizisten auf Wahlaktivisten des Bürgermeisterkandidaten Ahsan Habib Kamal in Barisal schießen, wird ein Mann kritisch verletzt.
- In Narayanganj wird gegen vier Polizisten Anzeige erhoben aufgrund von mutmaßlicher Folter eines jungen Mannes, der dann im Gewahrsam starb.
- Ein Gericht in Dhaka schickt vier Polizisten ins Gefängnis, weil sie in Savar den Geschäftsmann Shamim Sarker im Gewahrsam getötet haben sollen.
13. Juni 2013 Sechs Piraten werden in Noakhali von einem Mob gelyncht.
18. Juli 2013 Das RAB betreibt Lobbyarbeit, um von der Polizei unabhängig zu werden. Sie möchten direkt dem Büro der Premierministerin oder dem Heimatministerium untergeordnet sein. Die Erfolge des RAB seit der Gründung vor neun Jahren werden überschattet durch Hunderte von

- extralegalen Tötungen sowie den Verdacht, dass es in das kürzliche Verschwinden von Dutzenden von Personen involviert ist.
19. Juli 2013 Ein mutmaßlicher Krimineller wird bei einem „Schusswechsel“ mit der Polizei in Dhaka getötet.
Der lokale Juba League Anführer Abdul Motalab wird von nicht identifizierten Angreifern in Comilla getötet.
20. Juli 2013 Aktivisten der Jatiyatabadi Chhatra Dal beschädigen mindestens 50 Läden und 20 Fahrzeuge, nachdem ein Mitglied von ihnen getötet wurde.
24. Juli 2013 Etwa 100 Familien, die meisten der BNP zugehörig, halten sich seit dem 11. Juli aus dem Sadhukhali/Sailkupa Upazila in Jhenaidah fern, da sie einen Angriff seitens Awami League-Aktivisten sowie Inhaftierungen befürchten. Sie flohen, nachdem am 11. Juli ein lokaler AL Anführer bei einem Kampf ums Leben kam.
18. August 2013 Bei einer Explosion in Noakhali werden ein Aktivist der Jamaat-e-Islami getötet und mindestens dreizehn weitere bei landesweiten Kämpfen mit der Polizei verletzt. Die Proteste richten sich gegen das Töten von Aktivisten bei dem von der Jamaat durchgesetzten 48-stündigen Generalstreik.
In Natore wird ein lokaler Anführer der Awami League totgehackt aufgefunden.
Bei Kämpfen zwischen Aktivisten der regierenden AL und Freiwilligen der BNP werden mindestens 15 Personen im Daulatkhan Upazila verletzt.
20. August 2013 Angreifer setzen einen Hindu-Tempel in dem Ort Madarganj bei Thakurgaon in Brand. Es handelt sich mutmaßlich um eine Fortsetzung des Kampfs um Landbesitz zwischen zwei Hindugruppen.
22. August 2013 In Bogra entdeckt das RAB eine neue militante Gruppierung, BEM, inhaftiert drei mutmaßliche Selbstmordattentäter und beschlagnahmt Waffen.
23. August 2013 Nach einem Kampf zwischen der Polizei und mutmaßlichen Piraten in Bhola wird befürchtet, dass fünf der Verdächtigen tot sind.
- 26./27. August 2013 Mindestens drei politische Anführer – zwei von der BNP und einer von der AL – werden in den Distrikten Lakshmipur, Satkhira und Pabna von Angreifern getötet, einer von ihnen mutmaßlich bei einer internen Parteifehde.
26. August 2013 23 Polizisten des Polizeicamps Aminbazar außerhalb von Dhaka werden vom Dienst suspendiert. Ihnen wird vorgeworfen, von lokalen Händlern Geld erpresst zu haben. Die Händler hatten zuvor wegen der lang andauernden Erpressung für eineinhalb Stunden den Dhaka-Aricha Highway blockiert.
29. August 2013 Elf Fischer warten elf Tage nach ihrer Entführung in der Bucht von Bengalen nach wie vor auf ihre Rettung. Dreizehn Personen waren zuvor schon von der Küstenwache befreit worden.
28. August 2013 Zwei mutmaßliche Räuber werden bei Schusswechseln mit der Polizei in Raipur getötet sowie 15 weitere Personen verletzt.
29. August 2013 Der Anführer einer Piratengang wird bei einem „Schusswaffenkampf“ mit der Polizei im Hatiya Upazila in Noakhali getötet. Die Gang ist mutmaßlich verantwortlich für Erpressungen und Entführungen.
Bei einem Kampf zweier Gruppen von Dorfbewohnern im Dorf Goshgati in Mollahat wird ein Mann getötet.

- 30./31. August 2013 Im Hatiya Upzila in Noakhali werden sechs Personen gelyncht, die des Raubes verdächtigt werden. Weitere acht mutmaßliche Räuber, darunter vier Frauen, werden von der Polizei inhaftiert.
6. September 2013 Bei schweren Kämpfen zwischen Aktivisten der Bangladesh Chhatra League und der Jatiyatabadi Chhatra Dal auf dem Islami University Campus in Kushtia werden mindestens 40 Personen verletzt.
22. Sept. 2013 Bei Protesten tausender Textilarbeiter kommt es in Dhaka zu gewaltsamen Zusammenstößen mit Sicherheitskräften. Dabei werden 50 Menschen verletzt. Laut Polizei attackieren die Demonstranten, die eine Anhebung des Mindestlohns von 3500 auf 8000 Taka fordern, zudem einige Fabriken und zünden einen Lieferwagen an.
23. Sept. 2013 Die Proteste der Textilarbeiter dauern an. Bei Zusammenstößen mit Fabrikbesitzern und der Polizei in Savar werden 50 Personen verletzt.

Demonstrationen, Gewerkschaften/Striks:

- (siehe auch: Menschenrechte, Innenpolitik, Innere Sicherheit/Polizei, Bildung/Universitäten, Religionen, Chittagong Hill Tracts, Wirtschaft, Textilindustrie)
21. Mai 2013 Aktivisten der Islami Chhatra Shibir, dem Studentenflügel der Bangladesh Jamaat-e-Islami, protestieren an verschiedenen Orten in Dhaka gegen das einmonatige Verbot von Demonstrationen.
23. Mai 2013 In Sylhet streiken Arbeiter von sieben Teeplantagen für höhere Löhne und bessere Gesundheitsdienste. Nach einem gemeinsamen Treffen mit den Vorgesetzten, in dem die Forderungen akzeptiert werden, nehmen die Arbeiter ihre Arbeit wieder auf.
6. Juni 2013 Der 48-stündige Transportstreik, der zu großen Geschäftseinbußen und Behinderungen des Personenverkehrs führte, geht zu Ende. Zu den Forderungen der Bangladesh Road Transport Workers Federation gehören Gehaltssteigerungen sowie ein Ende von Erpressungen seitens der Polizei. Ein neuer Streik wird angedroht, sollten die Forderungen nicht erfüllt werden.
14. Juli 2013 Bei einem tagelangen landesweiten Generalstreik der Jamaat werden mindestens fünf Personen getötet und hunderte Fahrzeuge beschädigt. Auslöser des Streiks war die Ermordung einiger Jamaat-Anführer.
23. Juli 2013 Rebellen Gruppen der Jatiyatabadi Chhatra Dal, des Studentenflügels der BNP, protestieren gewalttätig in Dhaka und Chittagong gegen das neue Zentralkomitee der JCD in Chittagong. Ein Büro der BNP setzen sie dabei in Flammen.

Medien/ Pressefreiheit:

- (siehe auch: Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)
21. Mai 2013 Kamal Uddin Sabuj und Sayed Abdal Ahmad, Präsident und Generalsekretär des National Press Club in Dhaka, fordern den Abzug der Polizisten, die während der gesamten Öffnungszeit die drei Eingänge zum Presseclub bewachen. Damit werde sowohl normalen Besuchern als auch Clubmitgliedern der Zugang erschwert.
- In Sylhet wird Ohi Alam Reza, Chefreporter der Tageszeitung Sabuj Sylhet,

Opfer eines Messerangriffs und schwer verletzt. Journalistenkollegen organisieren aus Protest eine Menschenkette. Sie fordern eine schnelle Aufklärung und beklagen die zunehmende Gewalt gegen Journalisten im ganzen Land.

23. Mai 2013 Der High Court setzt die Verfahren gegen Mahmuda Begum, die Mutter des inhaftierten „Amar Desh“-Chefredakteurs Mahmudur Rahman, und gegen „Sangram“-Herausgeber Abul Asad aus. Beide wurden wegen ihrer Beteiligung am Druck und dem Vertrieb der Amar-Desh-Ausgaben vom 12. und 13. April angeklagt. Zuvor war die Einstellung der Zeitung verfügt worden.

24. Juni 2013 Die Pressefreiheit in Bangladesch ist nach Einschätzung der Medien-Aktivistin Syeda Gulshan Ferdous Jana massiv gefährdet. Seit zwei Jahren gerieten Journalisten und Blogger zunehmend unter den Druck islamistischer Gruppen, sagt die Bangladescherin in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Aber auch die Regierung gehe zunehmend restriktiv gegen Kritik der Blogger an Vetternwirtschaft und Korruption vor. Jana ist Gründerin der ersten Plattform für Blogger in ihrer Landessprache, genannt "Somewhere In...". Sie zählt mittlerweile 150 000 Nutzer. Zusätzlich plant Jana ein Nachrichten-Portal, das eine Nische jenseits der staatlichen Sender bilden soll. Erst im April hatte die Regierung vier Blogger verhaften lassen, weil sie "atheistische" Positionen im Netz vertraten. Nachdem der islamkritische Film "Die Unschuld der Muslime" vergangenen September für Furore sorgte, wurde der Internetkanal "Youtube" für acht Monate gesperrt. Auch die Plattform "Somewhere In..." gerate seit zwei Jahren immer stärker ins Visier der Islamisten, so Jana. Die Islamisten und auch die Regierung müssten respektieren, dass Menschen ihre Meinung frei äußern. Bis 2005 habe es in Bangladesch lediglich internationale Blog-Foren in englischer Sprache gegeben; deshalb habe nur eine kleine Blogger-Szene sie nutzen können. "Die Menschen brauchen ein Forum in ihrer Sprache, in dem sie sich austauschen können." Mittlerweile gebe es zahlreiche Blog-Plattformen in Landessprache und 300 000 Nutzer.

20. Juli 2013 TV-Reporter Imtiaz Momin und Kameramann Mohsin Mukul vom Sender Independent Television werden von Gefolgsleuten des AL-Politikers Golam Maula Rony angegriffen. Hintergrund ist eine geplante Reportage, die Rony beschuldigt, zehn Millionen Taka Bestechungsgeld angenommen zu haben. Die Journalisten zeigen Rony wegen Mordversuch an.

Schulen/Universitäten/Bildung:

(siehe auch: Menschenrechte, Korruption, Chittagong Hill Tracts, Frauen)

19. Mai 2013 Mindestens zehn Personen werden verletzt, als rivalisierende Gruppen der Bangladesh Chhatra League sich im Streit um die Oberherrschaft am Sylhet MC College einen Schusswechsel liefern.

Da viele Schulabgänger auf die Universitäten der Hauptstadt drängen, werden auch in diesem Jahr viele keinen Studienplatz erhalten.

21. Mai 2013 Viele Lehrer an weiterführenden Schulen fürchten, sie könnten aufgrund der politischen Unruhen und häufigen Streiks in diesem Jahr das Curriculum nicht absolvieren, obwohl an Wochenenden zusätzlicher Unterricht

- abgehalten wurde.
22. Mai 2013 Die Leitung der Udayan School auf dem Campus der Dhaka University hat bei ca. 50 Mädchen die Ärmel der Schuluniform zur Hälfte abgeschnitten, weil diese „die Regeln zum Tragen der Schuluniformen“ gebrochen hätten.
23. Mai 2013 Die Regierung plant, parteigebundene politische Aktivitäten von Lehrern und Schülern an öffentlichen Universitäten zu verbieten, um eine angemessene akademische Umgebung sicher zu stellen.
24. Mai 2013 Asif Nazrul, Rechtswissenschaftler an der Dhaka University, erhält nach kritischen Äußerungen über die Regierung in einer TV-Talkshow Morddrohungen, falls er noch einmal an einer solchen Talkshow teilnehme. Die Polizei ermittelt. Asif Nazrul war bereits zu einem früheren Zeitpunkt 2013 bedroht worden, man werde sein Büro in Brand setzen.
9. Juni 2013 Ein akuter Lehrermangel in den staatlichen Erziehungseinrichtungen – von den Primarschulen bis zu den Colleges – behindert die Schulbildung von mehr als 10,2 Millionen Schülern, sagen Erziehungsbeamte und Vorsitzende von Lehrerorganisationen. In den Einrichtungen sind ca. 29.200 Stellen unbesetzt.
16. Juni 2013 Die Chittagong University of Engineering and Technology wird bis zum 24. Juni nach Kämpfen innerhalb der Bangladesh Chhatra League, bei denen zwei Studenten verletzt wurden, geschlossen.
17. Juni 2013 Ein Lehrer des Gymnasiums in Laxmibazar in der Altstadt von Dhaka wird wegen Belästigung einer Schülerin im vergangenen Jahr verhaftet.
22. Juni 2013 Zusammenstöße zwischen Aktivisten der Bangladesh Chhatra League und der Jatiyatabadi Chhatra Dal um die Vorherrschaft an der Pabna University of Science and Technology zwingen die Behörden, den gesamten Unterricht auszusetzen.
27. Juni 2013 Das Erziehungsministerium gibt eine Verlautbarung heraus, nach der die Lehrerregistrierungen nicht mehr nur fünf Jahre, sondern lebenslang gelten.
30. Juni 2013 Nach einer Übersicht des statistischen Büros liegt die Alphabetisierungsrate in der Bevölkerung in der Altersspanne zwischen 11 und 45 Jahren bei 53,7 Prozent.
21. Juli 2013 Mirajul Alam, Schüler der Klasse VII der Kalidah SC High School in Feni, liegt im Bangabandhu Sheikh Mujib-Universitätskrankenhaus, nachdem ihn sein Lehrer wegen eines Streits mit einem Mitschüler misshandelt hatte.
24. Juli 2013 Bangladesch hat bei der Umsetzung des Rechts auf Bildung für Mädchen einen bedeutenden Schritt nach vorn gemacht. Der Alphabetisierungsgrad der weiblichen Jugend ist mit 76 Prozent höher als der der männlichen Jugend, der bei 74 Prozent liegt.
28. Juli 2013 In dem Entwurf einer Richtlinie erlaubt die Regierung den Betrieb ausländischer Universitäten, ihrer Tochterfirmen und Joint-Ventures mit örtlichen Universitäten.
30. Juli 2013 Die Abteilung für Sekundar- und Höhere Schulen stoppt die monatlichen Zahlungen an 273 nichtstaatliche Lehrer, nachdem in den Listen Anzeichen von Korruption erkannt wurden.
31. Juli 2013 Die Zahl der ausländischen Studenten an staatlichen Universitäten nimmt ab, während die an privaten Universitäten zunimmt.
1. August 2013 Angestellte verwüsten das Verwaltungsgebäude der Begum Rokeya

- University in Rangpur und verlangen ihre Löhne und Gehälter, während die Arbeitsverweigerung der Lehrer den fünften Tag anhält.
3. August 2013 Erzieher und Regierungsbeamte machen einen Mangel an erfahrenen Lehrern und das Fehlen von Infrastruktur wie Labors und Büchereien in ländlichen Gegenden für das schlechte Abschneiden von Schülern aus diesen Gebieten verantwortlich. Wie in der Vergangenheit schnitten städtische Schüler deutlich besser ab.
4. August 2013 Ca. 16.200 Studenten, die mit Bestnoten abschlossen haben, werden keinen Studienplatz an staatlichen Universitäten erhalten, weil die Regierung es in vier Jahren nicht geschafft hat, einen einheitlichen Test einzuführen.
6. August 2013 Lehrer und Personal anerkannter privater Schulen und Colleges, die vom Staat bezahlt werden, verdienen doppelt, da sie die Erziehungsberechtigten veranlassen, exorbitante Gebühren zu zahlen, u.a. Gebühren für Unterricht, Betreuung und Probeklausuren.
8. August 2013 Der Entwurf für das erste Erziehungsgesetz überhaupt wird ins Netz gestellt. Es betrifft alle Erziehungseinrichtungen, vom Kindergarten bis zu den Madrassas. Die Bevölkerung wird aufgefordert, Verbesserungsvorschläge zu machen.
15. August 2013 Die Vorsitzenden von neun Erziehungsvereinigungen warnen die Regierung, es könne ein Debakel bei den Prüfungen für das Junior School Certificate in diesem Jahr geben, wenn der bestehende Lehrplan und die Zuweisung von Noten nicht sofort geändert würden.
16. August 2013 Mehr als 3.000 Lehrer öffentlicher Universitäten geben, meist ohne Genehmigung, Unterricht an privaten Universitäten und vernachlässigen dadurch ihre Arbeit bei ihrem ersten Arbeitgeber.

Kultur:

- (siehe auch: Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)
10. Mai 2013 Bangladesch feiert den 152. Geburtstag von Rabindranath Tagore.
14. Sept. 2013 Mehr als 100 Schriftsteller kommen zum „Poetry Festival“ nach Pabna.

Religionen:

- (siehe auch: Menschenrechte, Innere Sicherheit/Polizei, Frauen, Textilindustrie, Bangladesch und Indien)
5. Juli 2013 Papst Franziskus ernennt Erzbischof George Kocherry (68) zum neuen Apostolischen Nuntius von Bangladesch. Der indische Geistliche war zuletzt Vertreter des Vatikans im südafrikanischen Staat Simbabwe. Im Erzbistum Dhaka und sechs weiteren bangladeschischen Bistümern leben insgesamt etwa 360 000 Katholiken.
1. August 2013 In Harta in Barisal zerstören Unbekannte in einem Tempel das Bild der Göttin Durga.
23. August 2013 Premierministerin Sheikh Hasina ruft die Hindu-Gemeinschaft auf, in dieser Periode politischer Instabilität stark zu sein. Sie sagt, dass die Fanatiker, die Hindu-Tempel, Moscheen, Pagoden und andere Orte des Gottesdienstes angriffen, nicht an die Demokratie glauben. Sheikh Hasina weist darauf hin,

dass Bangladesch als säkularer Staat gegründet wurde, in dem alle Menschen in Frieden und Glück leben können. Angriffe auf Minderheiten haben seit der Regierungsübernahme durch die Awami Liga im Jahr 2009 stark zugenommen.

27. August 2013 Mitglieder der Hindu-Gemeinde feiern Janmashtami, den Geburtstag von Sri Krishna, mit großen farbenfrohen Prozessionen und viel Enthusiasmus in Dhaka und vielen anderen Städten. Weitere Programmpunkte sind Gebete, Diskussionen, Kulturveranstaltungen und die Speisung von Armen.

Der Präsident Abdul Hamid, Premierministerin Sheikh Hasina und die Oppositionsführerin Khaleda Zia grüßen die Mitglieder der Hindu-Gemeinde in separaten Ansprachen und wünschen ihnen Glück und Wohlergehen. Der Tag ist ein öffentlicher Feiertag.

28. August 2013 100 000 Hindus haben in den vergangenen Jahren Bangladesch verlassen, so das statistische Büro von Bangladesch und das National Population Research and Training Institute (NPRTI). Der Anteil der Hindus an der Bevölkerung betrug 8,5 Prozent im Jahr 2011 im Gegensatz zu 9,2 im Jahr 2001 und 13,5 zur Zeit der Unabhängigkeit. Der Anteil der Muslime betrug 90,4 Prozent im Gegensatz zu 89,7 im Jahr 2001 und 85,4 zur Zeit der Unabhängigkeit. Der Anteil anderer Minoritäten wie Buddhisten und Christen blieb gleich. Nach Aussage eines Menschenrechtsaktivisten seien die Hindus nach Indien migriert. Er geht davon aus, dass die Migration enorm zunehmen werde, wenn die von den fundamental islamistischen Kräften gestützte BNP-Partei wieder an die Macht käme. „Die Häuser und Farmen der Migrierten sind bereits abgebrannt oder übernommen worden.“ In diesem Zusammenhang spielt der Enemy Property (Feindeseigentum) Act eine wichtige Rolle. Dieses Gesetz, das es bereits gab, als das Land noch zu Pakistan gehörte, ermöglicht es, Land zu enteignen, wenn deren Bewohner ins Ausland gegangen sind. Es wurde in den Vested Property (Erworbenes Eigentum) Act umbenannt, ist im Kern jedoch gleich geblieben und bedeutet einen immensen Druck auf Hindus.

29. August 2013 Eine Parlamentariergruppe fordert die Islamic Foundation und ähnliche Organisationen auf, ein Auge auf religiöse Erziehungsprogramme in Moscheen und anderen islamischen Institutionen zu werfen, um Missinterpretationen des Islam zu verhindern. Gerade angesichts der starken Zunahme von islamischem Extremismus sei dies wichtig. Auch der Minister für religiöse Angelegenheiten wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

12. September 2013 Religiöse Minderheiten rufen zu einem Hungerstreik in Dhaka am 28. September auf, um gegen die Gesetzesänderungen beim Vested Property Return Gesetz zu protestieren und die Regierung aufzufordern, das Debattor Property Management Gesetz zurückzuziehen.

Rana Dasgupta, Generalsekretär der Bangladesh Hindu-Buddhist-Christian Oikya Parishad, kritisiert, dass es dadurch Landräubern leicht gemacht würde, sich Land von Hindus und Land mit religiösen Hindu-Stätten anzueignen.

Chittagong Hill Tracts:

(siehe auch: Menschenrechte)

20. Mai 2013 Im Panchari Upazila in Khagrachari wird auf eine Gruppe Unterstützer der United Peoples Democratic Front, UPDF, geschossen, als diese mit einem Jeep unterwegs ist. Zwei Männer werden verletzt. Der Sprecher der UPDF beschuldigt die Parbatya Chattagram Jana Sanghati Samiti, PCJSS, des Angriffs.
27. Mai 2013 Das Kabinett nimmt den Entwurf einer Änderung des Chittagong Hill Tracts Land Dispute Resolution Commission Act 2001 an. Nach dieser Änderung soll die Landkommission Mehrheitsentscheidungen der Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden treffen können, und nicht wie bisher einstimmig. Zudem sollen in den Arbeitskriterien der Kommission die Bereiche illegaler Landraub und bestehende Besiedlung abgedeckt werden.
2. Juni 2013 Einige bengalische Organisationen rufen für Khagrachari zu einem eintägigen Generalstreik auf. Der Grund ist die Absicht der Regierung, den CHT Land Dispute Resolution Commission Act 2001 zu verändern. Sie fürchten den Verlust des Landes für diejenigen, die sich nach 1975 angesiedelt haben.
9. Juni 2013 Einige bengalische Organisationen rufen zu einem 72-stündigen Generalstreik in den drei Distrikten auf. Wieder ist der Grund die vom Kabinett angenommene Änderung des CHT Land Dispute Resolution Commission Act 2001.
12. Juni 2013 Die Hill Women's Federation und die Hill Students' Association demonstrieren in Khagrachari und Rangamati. Sie fordern eine unabhängige Untersuchung der Entführung von Kalpana Chakma. Zudem sollen die Personen, die sie vor 17 Jahren entführt haben, verhaftet und vor Gericht gebracht werden.
18. Juni 2013 Die Studentenorganisation Parbatya Bengalee Chhatra Parisad ruft zu einem Generalstreik in allen drei Distrikten auf. Der Streik richtet sich ebenfalls gegen die geplante Gesetzesänderung. Einen Tag später bleiben die meisten Banken, Behörden und Bildungseinrichtungen mit einer reduzierten Besetzung geöffnet. Der Vorsitzende der PCJSS, Santu Larma, hat ebenfalls die geplanten Gesetzesänderungen kritisiert, da in der letzten Sitzung des Ministeriums keine Vertreter der Indigenen anwesend gewesen seien.
- In Gomati werden 40 Tripura-Familien von etwa 200 bengalischen Siedlern aus Bandorchara in der Nähe von Gomati Bazaar in der Nacht angegriffen. Sie fliehen aus ihrem Dorf in Takar Moni Para.
19. Juni 2013 Am zweiten Tag des Generalstreiks werden Fälle von Angriffen auf Häuser von Indigenen gemeldet. In Takermani und Kalamani im Matiranga Upazila werden mindestens 40 Häuser geplündert. Streikende versuchen, das Dienstfahrzeug des Vorsitzenden des Panchhari Upazila zu zerstören und schlagen zwei Mitglieder der Awami League zusammen. Das Alltagsleben ist zum Erliegen gekommen, da seit dem Morgen des Vortages weder Busse noch LKW fahren.
- Eine Bürgergruppe fordert bei einer Pressekonferenz die Regierung auf, Schritte zu unternehmen, um die Vertreibung indigener Familien im Naikhyangchari Upazila im Bandarban Upazila zu stoppen. Nach ihren Aussagen wird ihr Land von einflussreichen lokalen Personen besetzt, um dort Gärten anzulegen. Die Bürgergruppe fordert die Regierung auf, die Sicherheit der nationalen Minderheiten zu gewährleisten und deren Besitz zu schützen.
30. Juni 2013 Bei einer eintägigen Blockade von Straßen und Wasserwegen in Khagrachari

werden bei Kämpfen zwischen den Streikenden und der Polizei in der Distriktstadt und im Umkreis mindestens 31 Menschen verletzt, eine 50-jährige Indigene lebensgefährlich. Die Polizei schießt mit Tränengas und die Streikenden werfen mit Steinen. Aufgerufen zum Streik hat die Youth Front, die in Verbindung zur UPDF steht. Die Youth Front fordert die Rücknahme der 15. Verfassungsänderung, das Beenden des Landraubs in Rangamati und die Beendigung der Vertreibung von 50 indigenen Familien aus Mrelpur Karbari Para.

2. Juli 2013 In Dighinala in Khagrachari wird ein Mitglied der MN-geführten PCJSS von Unbekannten erschossen. Dieser Flügel der PCJSS beschuldigt die andere Fraktion der PCJSS des Mordes.
4. Juli 2013 Im Panchhari Upazila in Khagrachari werden ein Mitglied der UPDF und ein Mitglied der MN-geführten PCJSS von Unbekannten erschossen. Ein weiterer Mann wird entführt.
5. Juli 2013 In Laxmichhari-Manikchari in Khagrachari wird ein Mitglied der Larma-geführten PCJSS von einer Gruppe Maskierter erschossen.
7. Juli 2013 Die internationale CHT-Kommission äußert große Besorgnis über die Zunahme von Gewalt in den drei Distrikten und die fragwürdige Rolle der Sicherheitskräfte. Unter anderem wurde ein 42-jähriger Indigener in Headman Para in Khagrachari von Grenzsoldaten ohne Haftbefehl verhaftet und am selben Tag gefoltert. In den Upazilas Naikhyongchari und Lama wurden 21 Chak-Familien und 210 Mro-Familien von ihrem Land vertrieben. Die Kommission fordert klare Schritte, die verantwortlichen Täter vor Gericht zu bringen. Zudem seien seit Beginn des Jahres mindestens zehn Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen indigenen Parteien getötet worden.
16. Juli 2013 In Barmachhari in Khagrachari werden zwei Mitglieder der UPDF in einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der PCJSS getötet.
29. Juli 2013 35 Mitglieder der PCJSS, die am 16.2.2013 von Rivalen in Kattali in Langadu entführt worden waren, kehren nach Hause zurück. Als sie entführt wurden, waren sie auf dem Rückweg von einer Parteifeier in einem Boot unterwegs. 15 weitere Mitglieder werden noch festgehalten. Die PCJSS macht die UPDF für die Entführung verantwortlich, die dies jedoch zurückweist. Weder die PCJSS noch die Familien geben eine Anzeige auf, weil die Entführer mit der Ermordung der Geiseln drohen.
3. August 2013 In Bograpra, Bandarshing Para, Manudashpara und Sarbeswarpara in Taindong in Khagrachari greifen bengalische Siedler indigene Dörfer an und brennen mindestens 100 Häuser ab, nachdem das Gerücht aufgekommen war, dass ein bengalischer Siedler entführt worden sei. Einige hundert Menschen verlassen in Panik ihre Dörfer. Alle drei Parteien der CHT verurteilen den Angriff und werfen den Behörden vor, nichts unternommen zu haben, obwohl sie umgehend informiert worden seien. Die Einwohner sprechen später von einer Anzahl Toten, was jedoch nicht bestätigt werden konnte. Die internationale CHT-Kommission verurteilt ebenfalls den Angriff. Die UPDF ruft zwei Tage später zu einer Straßenblockade auf und fordert die Bestrafung der Täter. Die PCJSS demonstriert in Rangamati und Bandarban.
5. August 2013 1400 Indigene aus den Chittagong Hill Tracts werden auf der Flucht vor der Gewalt am 5.8. am Grenzzaun zu Indien gestoppt. Sie kehren zurück, nachdem sie einige Tage lang am Stacheldrahtzaun zwischen den beiden Ländern campiert haben. Die Behörden Bangladeschs sichern ihnen Schutz

und Entschädigung zu. Ein Mensch wurde demnach getötet, vier weitere verletzt. Fünf Dörfer sollen niedergebrannt worden sein. Die Muslime hätten versucht, sich das Land gewaltsam zu nehmen.

21. August 2013 Menschenrechtsaktivisten und Journalisten fordern eine Untersuchung des Angriffs auf die indigenen Dörfer in Taindong am 3.8.2013. Bei den Angriffen wurden 36 Häuser niedergebrannt und etwa 400 Häuser und zwei Klöster geplündert und verwüstet. Ein zwei Monate altes Mädchen starb an einer Lungenentzündung, da es völlig durchnässt wurde, als seine verletzten Eltern am nächsten Tag aus dem Niemandsland zurückkehrten. Es gebe Anzeichen dafür, dass der Angriff durchgeplant gewesen sei.
7. September 2013 Das Mahalchari-College in Khagrachari wird nach einem Zusammenstoß zwischen bengalischen und indigenen Studenten, bei dem zehn Menschen verletzt wurden, auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Frauen:

- (siehe auch: Menschenrechte, Bildung/Universitäten, Gesundheit/Bevölkerungsentwicklung, Bangladesch und Indien)
21. Mai 2013 Rashida Manjoo, UN-Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, diskutiert bei einem Treffen mit Parlamentssprecherin Shirin Sharmin Chowdhury über die Stellung der Frauen in Bangladesch.
24. Mai 2013 In Ripar im Raipara Upazila in Narsingdi wird eine 25-jährige Frau mutmaßlich von ihrem Mann in einem Mitgiftstreit getötet.
25. Mai 2013 Mehr als zwei Drittel der 47 Kandidatinnen, die sich für die zehn für Frauen reservierten Sitze in den 30 Stadtbezirken in Barisal bewerben, geben als Beruf Hausfrau an, zwei Bewerberinnen studieren, fünf sind Unternehmerinnen, eine ist Entwicklungshelferin, eine Kindergartenlehrerin.
27. Mai 2013 Zwei Schülerinnen werden aus einem Bordell in Doulatdia in Rajbarhi befreit, 15 Tage, nachdem sie entführt worden waren. Nach Aussage der Polizei konnten sie die dafür Verantwortlichen nicht festnehmen.
28. Mai 2013 Nach einer Untersuchung von Nichtregierungsorganisationen, die zu Frauengesundheit arbeiten, und die in 127 öffentlichen Gesundheitszentren in fünf Distrikten in Barisal durchgeführt wurde, ergab, dass in den staatlichen Statistiken nur 45 von 143 Todesfällen bei Gebärenden aufgenommen wurden. Ihrer Ansicht nach solle so im Hinblick auf das Millenniumsziel mit nur noch 143 Todesfällen bei 100.000 Geburten im Jahr 2015 ein Fortschritt vorgetäuscht werden. Zur Zeit sind es noch 194 Sterbefälle bei 100.000 Geburten.
29. Mai 2013 In Dhaka wird ein Rikschafahrer festgenommen, der eine Collegestudentin ohrfeigte, weil sie seiner Meinung nach nicht dem Islam angemessen bekleidet war. Passanten hatten ihn nach der Tat festgehalten und der Polizei übergeben. Nach Aussage der Polizei sei der Mann psychisch krank und seiner Familie übergeben worden.
30. Mai 2013 In Chakaria in Cox's Bazar befreit die Polizei ein Hindu-Mädchen aus Gazipur. Sie war am 6.4.2013 von fünf Männern entführt worden. Nach Aussage der Schülerin wurde sie gezwungen, in einem örtlichen muslimischen Heiratsregister mit einem muslimischen Namen zu unterschreiben, nach dem sie als zum Islam konvertiert galt. Danach wurde

sie mit einem der Männer verheiratet und mehrfach zum Geschlechtsverkehr gezwungen.

11. Juni 2013 In Manikdia in Pabne wird eine Schwangere von ihrem Mann in einem Mitgiftstreit zu Tode geprügelt. Der Mann flieht. Aussagen zufolge soll er auch seine erste Frau getötet haben,. Dieses Mordverfahren läuft noch.
14. Juni 2013 In Sirajdikhan im Distrikt Munishganj wird ein Unterinspektor der Polizei festgenommen, der eine Schülerin vergewaltigt haben soll.
In Dikdari im Sribardi Upazila schlägt ein Mann seine Frau tot, mutmaßlich weil sie sich seinem Wunsch widersetzte, eine vierte Frau zu heiraten.
20. Juni 2013 In Jagajibonpur in Sirajganj wird eine im siebten Monat schwangere 18-jährige Frau nach einem Urteil eines Shalish-Gerichts mit 100 Schlägen bestraft und zu einer Geldstrafe von 15.000 Taka verurteilt. Ihr Ehemann bekommt eben so viele Schläge und soll 10.000 Taka Strafe zahlen. Der Grund für die Strafe war ihre heimliche Heirat. Zudem wird die fünfköpfige Familie der Frau aus dem Dorf verbannt. Bis zum 27.6.2013 wird keine Anzeige erstattet.
22. Juni 2013 Eine 15-jährige Schülerin aus Daulatpur, die am 16.6.2013 in Feni von drei Stalkern mit Kerosin übergossen und angezündet wurde, erliegt in einem Krankenhaus in Dhaka ihren Verletzungen. Ihre Familie erstattet Anzeige. Sie war schon lange Zeit von einem der Männer schikaniert worden, dessen Heiratsantrag sie abgelehnt hatte.
3. Juli 2013 Studentinnen der Dhaka-Universität sind weiterhin sexueller Belästigung durch Mitstudenten oder Lehrern ausgesetzt. Fälle von sexueller Belästigung zeigen sie kaum an, weil die Täter soziale Schikanen fürchten und auch, weil Täter so gut wie nie bestraft werden. Beamte der Universitätsverwaltung berichten, sie hätten in den vergangenen drei Jahren mindestens 60 Anzeigen gegen Studenten und 25 gegen Lehrer erhalten. Keiner der Lehrer sei in den vergangenen zehn Jahren bestraft worden. Und nur wenige seien in den vergangenen drei Jahren gezwungen worden, die Universität zu verlassen. Nur vierzehn Studenten seien für drei Monate bis zu zwei Jahren der Uni verwiesen worden. Ein weiteres Problem für die Studentinnen sind die schlechten Sanitäreinrichtungen und Sportmöglichkeiten. In den Wohnheimen und Hostels leben 9000 Studentinnen, obwohl sie nur für 4300 ausgelegt sind. Insgesamt studieren 17.000 Frauen an der Universität.
22. Juli 2013 Eine Hausfrau aus Comilla stirbt in einem Krankenhaus an ihren Brandverletzungen. Zwölf Tage, nachdem sie in einem Mitgiftstreit von ihrem Mann misshandelt worden war und sich angeblich selbst anzündete.
26. August 2013 In Saldai im Kapasia Upazila werfen Unbekannte nachts Säure auf eine 17-jährige Collegestudentin, mutmaßlich, weil sie einen Verehrer abwies. Sie wird in einem kritischen Zustand ins Krankenhaus gebracht.
Ein Gericht in Dhaka verweigert einem Armeemajor die Verlängerung der Kaution, so dass er in Haft kommt. Seine Ehefrau, die auch Organisationssekretärin der Mohila Juba League ist, hatte ihn am 22.7.2013 wegen Misshandlung in einem Mitgiftstreit angezeigt. Er habe 100.000 Taka Mitgift gefordert.
27. August 2013 In Puranbazar in Madaripur werden mindestens 30 Prostituierte verletzt, als Islamisten der Isale Quam ein Bordell angreifen und etwa 700 Prostituierte und deren Kinder aus dem Gebäude vertreiben. Angeführt werden die Islamisten vom Sekretär der Madaripur Distrikt Juba League und vom

Sekretär der Madaripur Paurasava Banik Samiti. Der verantwortliche Polizeibeamte sagt aus, sie hätten versucht, die Situation zu beruhigen, was sie jedoch nicht geschafft hätten. Sie verhafteten zehn Personen. Die Prostituierten geben an, die Polizei habe den Angriff nur beobachtet, trotz einer Order des High Court vom 22.7.2013, das Bordell zu beschützen. Die Polizei weist diesen Vorwurf zurück. Die Frauen gehen davon aus, dass die Angreifer es auf das Land, auf dem das Bordell steht, und das den Prostituierten gehört, abgesehen haben.

1. September 2013 Nach Aussagen von Menschenrechtsaktivisten nehmen in Rajshahi Fälle von Gewalt gegen Frauen und Kinder zu. Sie machen die Nachlässigkeit der Sicherheitskräfte dafür verantwortlich. Im August gab es dreizehn Verbrechen gegen Frauen und Kinder, darunter vier Vergewaltigungen, zwei Morde und zwei Entführungen. Bangladesh Mahila Parishad drückt ebenfalls ihre Sorge über die Zunahme an Gewalt aus.

Einwohner von Aditmari im Distrikt Lalmonirhat belagern die Polizeistation und fordern die Verhaftung der mutmaßlichen Vergewaltiger einer Hausfrau. Nach Aussage der Polizei waren zwei Tage zuvor vier Männer in das Haus der Frau eingedrungen, als ihr Mann nicht da war, und hatten sie vergewaltigt. Anwohner retteten sie am nächsten Morgen und brachten sie ins Krankenhaus. Gegen die Männer wurde Anzeige erstattet.

10. September 2013 Fast jeder vierte Mann räumt in bestimmten Regionen Asiens mindestens eine Vergewaltigung ein. Das geht aus einer im Wissenschaftsmagazin »The Lancet Global Health Journal« veröffentlichten Studie der Vereinten Nationen hervor. Demnach gaben von 10 000 befragten Männern in Bangladesch und fünf weiteren asiatisch-pazifischen Ländern 24 Prozent an, bereits eine Frau oder ein Mädchen vergewaltigt zu haben. Die große Mehrheit sei straffrei geblieben.

Kinder:

(siehe auch: Menschenrechte, Todesstrafe, Schulen/Universitäten/Bildung, Frauen, Bangladesch und Indien)

23. Mai 2013 Eine Kommission von Parlamentariern unter Führung von Mozammel Hossain fordert, dass die geplante Änderung des Kinderschutz-Gesetzes auch den Missbrauch von Waisenhäusern und Schulen für politische Zwecke unter Strafe stellen soll.

12. September 2013 Nach UN-Angaben ist die Kindersterblichkeit in Bangladesch um mehr als zwei Drittel zurückgegangen. Ursache seien Fortschritte bei der Trinkwasserversorgung und der Gesundheitsversorgung der ärmsten Familien.

Landstreitigkeiten:

(siehe auch; Innere Sicherheit/Polizei, Indigene Bevölkerungsgruppen)

1. Juni 2013 Die Beteiligung von Parlamentariern sowohl der Awami League als auch der BNP bei illegaler Aneignung von Khas-Land bleibt eines der Haupthindernisse bei der Sicherung der Landrechte armer Menschen, sagt der Staatsminister für Recht, Quamrul Islam.

4. Juni 2013 Ein älterer Mann wird zu Tode geschlagen und gestochen, als rivalisierende Gruppen nach einem Disput über ein Stück Land im Dorf Singdah, Upazila Kaliganz, aufeinander treffen.
13. Juli 2013 Mindestens 25 Personen werden bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Gruppen wegen eines Stücks Land in Bhabanipur in Moulvibazar, verletzt.
21. Juli 2013 Bei einem Streit zwischen zwei Gruppen von Dorfbewohnern über Khas-Land werden gut 25 Läden im Biharirpar Nakla Upazila verwüstet und weitere sechs in Brand gesetzt.
1. August 2013 Mehr als 100 Personen werden bei einem Landstreit in einem Dorf im Distrikt Sylhet verletzt

Armut/Nahrungsmittelknappheit:

(siehe auch: Entwicklungszusammenarbeit)

18. Juni 2013 Die Anzahl der armen Menschen in Bangladesch hat in den vergangenen zehn Jahren abgenommen und zwar um 16 Millionen oder um 26 Prozent. Dies geht aus dem aktuell veröffentlichten Weltbankbericht mit dem Titel: „Bangladesh Poverty Assessment: Assessing a Decade of Progress in Reducing Poverty“ hervor. Trotzdem leben noch 47 Millionen Bangladeschis in Armut und 26 Millionen in extremer Armut. Ein besonders großes Problem ist Armut in ländlichen Gebieten. Normalerweise bezeichnet die Weltbank einen Menschen als arm, wenn das tägliche Einkommen unter 1,25 US-Dollar liegt. In dieser Studie jedoch folgte die Bank dem System des bangladeschischen statistischen Büros, das von den Kosten für Grundnahrungsmitteln und für anderen Grundbedarf ausgeht. Die Weltbank deutet an, dass Bangladesch bereits dieses Jahr eines der Millennium-Ziele für 2015, nämlich die Halbierung des Anteils der Armen, erreichen wird. 1990 lagen 57 Prozent der Bangladeschis unterhalb der Armutsgrenze; das Ziel für 2015 liegt bei 29,5 Prozent.
3. Juli 2013 Bangladesch rangiert unter den asiatischen und pazifischen Ländern an 28. Stelle von 35 was den Index des sozialen Schutzes anbelangt (Social Protection Index der Asian Development Bank, SPI). Das bedeutet, dass viele Menschen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Naturkatastrophen ausgesetzt sind. In Südasien rangiert nur Bhutan hinter Bangladesch. Der Bericht zeigt, dass in Bangladesch im Jahr 2009 nur 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Schutz von Armen ausgegeben wurde gegenüber 1,7 Prozent in Indien, 2 Prozent in Afghanistan, 2,1 Prozent in Nepal, 3 Prozent in den Malediven, 3,2 Prozent in Sri Lanka und 19 Prozent in Japan.
28. August 2013 Die Grameen Bank soll nach Planungen von Premierministerin Sheik Hasina Wajed zerschlagen und in 19 kleine Kreditgeber aufgeteilt werden. Ihre Unabhängigkeit würde sie so verlieren. Mikrokredite der Grameen Bank hatten vielen Menschen, insbesondere Frauen, geholfen, einen Weg aus der Armut zu finden. Die von Muhammad Yunus gegründete Bank wurde deswegen auch als „Bank der Armen“ bezeichnet. Gegen die mögliche Zerschlagung gibt es internationalen Protest. Vor Jahren waren Vorwürfe gegen die Bank und gegen Yunus erhoben worden, die sich jedoch nicht bestätigen ließen. Yunus musste seinen Posten verlassen. Der offizielle Begründung war, dass er die Pensionsgrenze überschritten hatte. Viele vermuten jedoch, dass er einer vielleicht schon damals geplanten

Verstaatlichung im Weg stand.

Gesundheit/Bevölkerungsentwicklung:

- (siehe auch: Religionen, Frauen, Kinder, Landwirtschaft, Verkehr/Infrastruktur/Technik, Textilindustrie)
25. Mai 2013 Bangladesch gehört mit mehr als 46 Millionen Konsumenten zu den Ländern mit dem höchsten Tabakkonsum. 1,2 Millionen Menschen leiden an Folgeerkrankungen wie Lungenkrebs, Herz- und Atemwegserkrankungen. Mehr als 51 Millionen Taka werden jährlich für die Behandlung dieser Patienten benötigt.
26. Mai 2013 Nach einer Untersuchung in der Stadt Sylhet ist das Trinkwasser in Hotels und Restaurants stark mit Colibakterien belastet. Unbehandelt oder nicht abgekocht führt dies zu verschiedenen Erkrankungen wie Hepatitis, Ruhr, Durchfall oder Magenschmerzen.
1. Juni 2013 Eisenmangel und die damit verbundene Anämie führt jedes Jahr zu 3000 Todesfällen bei Frauen während der Entbindung. Insgesamt leiden mehr als ein Drittel der bangladeschischen Frauen unter Eisenmangel.
2. Juni 2013 Nach Aussagen von Gesundheitsexperten konnte die Regierung in den ersten zehn Monaten des laufenden Finanzjahres nur 51 Prozent der geplanten Programme für Gesundheits- und Familienplanung umsetzen. Der Fortschritt in den meisten wichtigen Projekten wie zum Beispiel die Gesundheitsversorgung bei Entbindungen wurden bislang nur zu 19 Prozent erzielt. Die Experten sind besorgt, dass das Ministerium die 49 Prozent der Umsetzung in nur zwei Monaten durchführen will, zu Lasten der Qualität. Zudem könnte dies zu mehr Korruption führen. Beamte des Ministeriums geben an, dass das Budget für das jährliche Entwicklungsprogramm von 36,9839 Millionen Taka auf 36,2259 Millionen Taka gesenkt worden sei. Die Gesundheitsexperten rügen das intransparente Management und die ineffizienten Manager.
16. Juni 2013 In Gazipur müssen mehr als 100 Textilarbeiterinnen und -arbeiter aus drei Fabriken im Krankenhaus behandelt werden, nachdem sie in der Fabrik Wasser getrunken hatten. Sie klagen über Brust- und Kopfschmerzen.
17. Juni 2013 Das Kabinett stimmt zu, eilig 4126 vakante Stellen für Krankenschwestern an staatlichen Krankenhäusern zu besetzen.
18. Juni 2013 Nach Aussage des Gesundheits- und Familienministers Ruhul Huq sind etwa 7000 Arztstellen zur Zeit nicht besetzt, und die Zahl wächst.
21. Juni 2013 Nach Aussage von Junior Chamber International sterben im Land 240 von 100.000 Neugeborenen wegen mangelnden Wissens der Frauen während der Schwangerschaft. Das Land liegt auf Rang vier der Müttersterblichkeit in Südostasien. Von 1000 werdenden Müttern sterben 24 während der Geburt.
30. Juni 2013 Über 500 Textilarbeiterinnen und -arbeiter einer Fabrik in Ashulia müssen ins Krankenhaus, nachdem sie während der Arbeit Wasser getrunken hatten. Sie leiden unter Übelkeit und starkem Brennen in Magen und Rachen. Mindestens 20 Arbeiter werden verletzt, als sie kranke Kollegen ins Krankenhaus bringen wollen und dabei mit der Polizei zusammenstoßen und mit Schlagstöcken angegriffen werden. Nach zwei bis drei Stunden können alle wieder entlassen werden. Nach Aussage des Fabrikbesitzers zwei Tage

später hatte sich eine Probe des Wassers als unbedenklich erwiesen. Ein Beamter des Instituts für Seuchen, Krankheitskontrolle und Research besuchte die Arbeiter im Krankenhaus. Er spricht von einer psychogenen Massenerkrankung, möglicherweise verursacht durch Stress und Mangelernährung. Die Menschen seien körperlich erschöpft gewesen.

3. Juli 2013 Nach einer Studie in sieben Städten sind zehn von 100 Kindern zwischen fünf bis 18 Jahren, die in städtischen Gebieten leben, übergewichtig und vier Prozent gelten als fettleibig. Auf der anderen Seite gelten 30% der Kinder als unterernährt.
31. Juli 2013 In Barisal sind die Preise für Medikamente und anderen Medizinbedarf in den vergangenen zwei Monaten um 20 bis 30 Prozent gestiegen.
5. September 2013 Im Kalai Upazila in Jaipurhat nimmt die Polizei zwei mutmaßliche Mitglieder einer Bande von Organhändlern fest. Nach Aussagen der Polizei sollen mindestens 20 Personen aus verschiedenen Dörfern einschließlich drei Frauen in den vergangenen sechs Monaten gegen Geld ihre Nieren verkauft haben. Alle Operationen seien im Ausland erfolgt, einschließlich Indien und Singapur.

Unglücksfälle/Naturkatastrophen:

- (siehe auch: Energie- und Wasserversorgung, Textilindustrie)
17. Mai 2013 Der Zyklon "Mahasen" zerstört an der Küste knapp 50 000 Häuser und Hütten. Nach Angaben der Behörde für Katastrophenschutz kommen 13 Menschen ums Leben. Die Zahl der Toten steigt später noch auf 17.
20. Mai 2013 Ein Zyklon fordert in Kotalipara in Gopalganj zwei Todesopfer. Sieben weitere Menschen werden verletzt. Außerdem zerstört der schwere Sturm mehrere hundert Häuser, neun Geflügelfarmen und 30 Morgen Land.
23. Mai 2013 Schwere Regenfälle und Sturm fordern in den Distrikten Dhaka, Chittagong und Barisal insgesamt dreizehn Todesopfer.
25. Juli 2013 Der Untergang eines Flüchtlingsbootes vor der indonesischen Küste fordert mindestens dreizehn Todesopfer. Das Boot mit Flüchtlingen war in der Nacht zum Mittwoch kurz nach Verlassen der indonesischen Insel Java gesunken. Vermutlich waren zum Zeitpunkt des Unglücks etwa 200 Menschen an Bord. Darunter sind viele Flüchtlinge aus Bangladesch.
14. Sept. 2013 Beim Zusammenstoß zwischen einem Bus und einem Lastwagen werden in Gangabardi im Sadar Upazila vier Menschen getötet und 35 andere verletzt.

Umwelt/Natur/Klima:

- (siehe auch: Fischerei, Energie- und Wasserversorgung)
10. Juni 2013 Bei einem Kabinetttreffen stimmt die Regierung im Prinzip dem Entwurf des Bangladesh Biodiversity Law 2013 zu, das den Nutzen aus der reichen Biodiversität des Landes für alle sicherstellen soll.
14. Juni 2013 Mindestens 102 Familien in drei Dörfern des Upazila Lalmonirhat Sadar werden durch die verheerende Erosion und die Turbulenzen des Flusses Dharla heimatlos.

21. Juni 2013 Ca. 223.000 Hektar neues Land in der Küstenregion waren in den letzten 36 Jahren an der Oberfläche von verschiedenen schweren Graden der Versalzung betroffen.
29. Juni 2013 Umweltaktivisten drängen die Regierung, von den Besitzern der Gerberei in der Gegend von Hazaribagh 20,409 Millionen Taka als Entschädigung für ihre Verschmutzung von Flüssen und Umwelt zu verlangen.
23. Juli 2013 Ärzte, Akademiker und Politiker drängen die Regierung, das geplante Kraftwerk von Rampal aus den Sundarbans zu verlagern.
30. Juli 2013 Die Regierung beauftragt die Polizei in allen Distrikten einschließlich Dhaka, Maßnahmen gegen Flussbeschädiger zu ergreifen und die Wasserwege von Beeinträchtigungen zu befreien.
1. August 2013 Der High Court weist die Landentwicklungsbehörde von Rajdhani an, die Landentwicklung für ein Wohnprojekt in Gazipur zu stoppen, bis sie die Umweltgenehmigung für das Projekt erhält.
5. August 2013 Die Behörden zerstören 1600 Hektar Getreide-, Wald- und Wassergebiete in Kaliganj und Gazipur, um Purchubal New Town, ein Wohnprojekt der Regierung ca. 16 km von der Hauptstadt entfernt, zu errichten.

Landwirtschaft:

(siehe auch: Umwelt/Natur/Klima)

19. Mai 2013 Im laufenden Fiskaljahr ist der niedrigste Stand der Agrarproduktion seit elf Jahren erreicht, da Bauern aufgrund der niedrigen Reispreise den Anbau des Hauptnahrungsmittels reduziert haben.
24. Mai 2013 Ungewöhnlich heftiger Regen, Wasserstau, Stürme und blitzartige Überflutungen behindern die Boro-Ernte im ganzen Land.
20. Juni 2013 Ernährungsminister Muhammad Abdur Razzaque sagt, die begrenzten Lagerkapazitäten für Getreide beeinflussten die Bauern, was zu einer Verringerung des Getreideanbaus in der Zukunft führen könnte.
28. Juni 2013 Ein neuer Masterplan der Regierung soll Bauern bald helfen, auf 512.000 Hektar Brachland in sieben südlichen Distrikten Getreide anzubauen.
23. Juli 2013 Reis, der in einem zu hohen Grad mit Arsen verseucht ist, wird mit genetischen Schäden in Verbindung gebracht, die das Krebsrisiko erhöhen, wie aus einer aktuellen Studie hervorgeht. Natürlich vorkommendes Arsen in Trinkwasser ist seit langem als Gesundheitsgefahr bekannt, besonders in Bangladesch, wo Millionen von Menschen von Brunnen abhängen, die in den 70er Jahren gebohrt wurden.
30. Juli 2013 Die Regierung gibt einen Masterplan im Umfang von 578,026 Mio. Taka für die Entwicklung der Landwirtschaft in vierzehn von Armut betroffenen Distrikten des Küstengürtels bekannt.
- Das Agrarministerium will sich nicht an der Einführung einer »Getreideversicherung« beteiligen und bezeichnet sie bei Millionen von Bauern als „nicht machbar“.

Fischerei:

(siehe auch: Innere Sicherheit/Polizei)

17. Juni 2013 Die Regierung hat bisher 283 000 Fischer aus dem ganzen Land in eine Liste aufgenommen, um ihnen Personalausweise auszustellen, mit denen sie finanzielle Unterstützung beanspruchen können.
7. Juli 2013 Die Fischversorgung aus Flüssen, Teichen und anderen offenen Gewässern ist in den letzten 30 Jahren sowohl aus natürlichen als auch aus menschengemachten Ursachen um über 50 Prozent gesunken.
21. Juli 2013 Widrige Einflüsse des Klimawandels stellen eine ernste Bedrohung für eingeborene Fischarten dar, da derzeit die meisten Wasserflächen in Rajshahi absterben.
28. Juli 2013 Das Kabinett billigt den Vorschlag, 25 neue Lizenzen für Trawler zu vergeben, die in der Bucht von Bengalen fischen sollen.
14. August 2013 Shrimp-Exporthändler aus Bangladesch hoffen, von den zusätzlichen Zöllen zu profitieren, die von amerikanischen Behörden für andere asiatische Länder eingeführt wurden, u.a. Indien, Vietnam und südamerikanische Länder.
15. August 2013 In scharfem Gegensatz zu vielen asiatischen Ländern, die Fische in einem traditionell kleinen System züchten, die kleinen Gemeinden zugute kommen, werden ein Drittel der Teiche in Bangladesch nicht für die wissenschaftliche Fischzucht genutzt.

Verkehr, Infrastruktur, Technik:

(siehe auch: Wirtschaft, Energie)

29. Mai 2013 Im Gegensatz zu früheren Jahren wurden im abgelaufenen Finanzjahr bei großen Infrastrukturmaßnahmen fast keine Fortschritte gemacht, die die Wirtschaft unterstützt hätten. Dies betraf u. a. die Padma-Brücke, den Tiefseehafen auf der Insel Sonadia und den Elevated Express Highway in der Hauptstadt.
5. Juni 2013 Das Kommunikationsministerium unterschreibt einen Vertrag über 10,9739 Millionen Taka mit einem Joint-Venture-Unternehmen, um eine vierspurige Zugangsstraße zur Padma-Brücke zu bauen.
2. August 2013 Die Feuerwehr und der Heimatschutz haben in der Hauptstadt 1.356 mehrstöckige Gebäude gefunden, die von den Behörden keine Freigabe erhalten haben.
3. August 2013 United Airways Bangladesh Limited, eine private Fluglinie, wird im September Flüge von Dhaka nach Singapur, Doha und Karachi aufnehmen.
14. August 2013 Bis 2030 werden in den urbanen Gebieten des Landes mehr als 90 Millionen Menschen leben.
16. August 2013 Die Regierung plant, mit ausländischer Hilfe ein Projekt im Umfang von fünf Milliarden Taka umzusetzen, mit dem 290 Upazilas bis Dezember 2015 mit Glasfaserkabeln versorgt werden sollen.

Energie- und Wasserversorgung:

(siehe auch: Korruption)

19. Mai 2013 Die Regierung plant, das Verfahren bei der Bereitstellung neuer Stromverbindungen zu vereinfachen, damit die Elektrifizierung des Landes beschleunigt wird.

20. Mai 2013 Das 2. Asia-Pacific Water Summit endete in Chiang Mai, Thailand, mit einem Aufruf, die regionale Zusammenarbeit bei der Teilung, dem Austausch und der Verbreitung von wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen beim integrierten Wassermanagement zu verstärken.
25. Mai 2013 Drei aufeinander folgende Regierungen haben es aus Uneinigkeit über die Fördermethoden in acht Jahren nicht geschafft, eine langfristige Kohlepolitik zu entwickeln, besonders für die Lagerstätten in Phulbari.
28. Mai 2013 Ein Syndikat unter Leitung eines ehemaligen Direktors und eines leitenden Managers der Titas Gas-Verteilungsgesellschaft hat innerhalb von drei Jahren in 1.861 Fällen unter Umgehung gesetzlicher Regelungen Gas an Industriebetriebe, CNG-Tankstellen, Gewerbeunternehmen und private Haushalte gegeben.
31. Mai 2013 Obwohl inzwischen vier Jahre vergangen sind, seit der verheerende Zyklon Aila den Küstengürtel des Landes verwüstete, leiden die betroffenen Menschen immer noch unter einer schweren Trinkwasserkrise.
1. Juni 2013 Staatliche Firmen unter der Aufsicht des Energieministeriums haben in den ersten 10 Monaten des abgelaufenen Finanzjahres 64,59 Prozent der Projekte unter dem jährlichen Entwicklungsplan abgeschlossen. Die Zahl für das Vorjahr betrug 71,02 Prozent. Die weitere Elektrifizierung des Landes verzögert sich; stattdessen muss der Staat Kraftwerke teuer mieten.
- Der ehemalige Direktor von Titas, Aziz Khan, weist die Vorwürfe zurück, er habe anderen Personen und Firmen in 1.861 Fällen illegal einen Zugang zu Gas verschafft.
5. Juni 2013 In ihrem Etatvorschlag für das Finanzjahr 2014 schlägt die Regierung vor, 224,5 Millionen Taka als Unterstützung für Energie, Kraftwerke und Landwirtschaft anzusetzen. Das sind 30,7 % weniger als die entsprechenden Zahlen für das ablaufende Finanzjahr.
6. Juni 2013 Alle Slums der Hauptstadt sollen bis 2015 eine Wasserversorgung erhalten, sagt ein Manager der Wasser- und Abwasserversorgung Dhaka.
9. Juni 2013 Nur Mitglieder der Awami League und hohe Regierungsbeamte erhalten in der Stadt Rajshahi einen Gasanschluss, sehr zum Verdruss der allgemeinen Bevölkerung der Stadt. Die Stadtbewohner protestieren und verlangen eine Versorgung unabhängig von der politischen Ausrichtung der Kunden.
13. Juni 2013 Ein Syndikat aus Angestellten von Titas und Lieferanten haben ein illegales Netzwerk in Teilen von Dhaka aufgebaut, mit dem neue Gasleitungen für Kunden bereitgestellt wurden. Titas hat in den vergangenen zehn Tagen ca. vier Kilometer illegale Gasleitungen abgebaut.
15. Juni 2013 Gas entweicht aus verschiedenen Lecks des Tengratila-Chhatak Gasfeldes in Sunamganj. Unter ernsten Risiken benutzen Dorfbewohner mittels einfacher Techniken das entwichene Gas im Haushalt.
18. Juni 2013 Bangladesch feiert in diesem Monat die 2-millionste Installation einer privaten Photovoltaikanlage.
19. Juni 2013 Häufige Stromausfälle und brennende Hitze belasten in den vergangenen Tagen die Menschen im ganzen Land. Die Ausfälle dauern in der Stadt vier bis sechs Stunden, auf dem Land bis zu 15 Mal pro Tag.
20. Juni 2013 Drei der fünf staatlichen Gasversorgungsunternehmen haben bisher insgesamt 86.884 Anträge zur Legalisierung von Hausanschlüssen erhalten. Am Donnerstag läuft die Antragsfrist ab. Die Firmen haben die Zahl der

- illegalen Anschlüsse auf 150.000 geschätzt.
2. Juli 2013 Petrobangla beschließt, vom 1. bis zum 26. Tag des Ramadan die Abfüllstationen für Gas jeden Tag sechs Stunden lange geschlossen zu halten, um die Gasmenge zum Erzeugung von Strom um über eine Millionen Kubikfuß zu erhöhen.
15. August 2013 Dem Bau des geplanten Kraftwerkes von Rampal in der Nähe der Sundarbans stehen jetzt keine Hindernisse mehr entgegen, da das Umweltministerium den Umweltschadensbericht genehmigte. Umweltaktivisten befürchten die Zerstörung des weltweit größten Mangrovenwaldes.
16. August 2013 Die Regierung unternimmt eine Initiative, Trinkwasser zur Verfügung zu stellen, indem in 100 Upazilas in dreizehn nördlichen Distrikten Tiefbrunnen errichtet werden.

Wirtschaft:

- (siehe auch: Landwirtschaft, Verkehr/Infrastruktur/Technik, Textilindustrie)
18. Mai 2013 Die kanadische Hochkommissarin für Bangladesch, Heather Cruden, sagt anlässlich einer Veranstaltung der NCC Bank im Ruposhi Bangla Hotel in der Hauptstadt, dass das Land einer Krise gegenüberstehe: Es sei in Gefahr, seinen Ruf zu verlieren wegen der politischer Gewalt und dem Mangel an Arbeitsplatzsicherheit. Alle Parteien müssten das Problem lösen und politische Gewalt müsste von allen öffentlich verurteilt werden.
6. Juni 2013 Eine Gesetzesvorlage soll die bangladeschischen Arbeitsgesetze verbessern und die Bildung von Gewerkschaften erleichtern. Arbeitsrechtsaktivisten haben dieses Gesetzesvorhaben von Anfang an kritisiert, weil es das Recht zu Gewerkschaftsgründungen nicht wirklich sicherstellen würde. Verbesserungen der Arbeitsplatzsicherheit sollen mit dieser Gesetzesvorlage ebenfalls erreicht werden.
9. September 2013 Laut einer Studie des amerikanischen Geostrategie-Think-Tank Stratfor ist Bangladesch einer der „Post-China-16“ Staaten, die China als verlängerte Werkbänke ablösen werden. Weil die meisten Menschen in diesen Ländern in bitterer Armut leben, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihre Arbeitskraft billig zu verkaufen. Davon profitieren alle bis auf die Arbeiter selbst. Es profitieren lokale Unternehmen, internationale Investoren, die ihre Produktion dorthin verlagern, und westliche Konsumenten dank günstiger Produkte. „Selbst dem - nicht gerade sozialistischen - Autor der Studie, „Stratfor“-Chef George Friedman, ist diese Logik der Armut nicht ganz geheuer,“ schreibt die Zeitung format.at. "Je mehr Arbeiter in die Fabriken strömen, desto mehr zerbricht ihr sozialer Zusammenhalt,“ so Friedman. "Das traditionelle Leben verschwindet.“

Textilindustrie:

- (siehe auch: Innere Sicherheit/Polizei, Demonstrationen/Gewerkschaften/Streiks, Gesundheit/Bevölkerungsentwicklung Außenpolitik/Außenwirtschaft, Weltbank, Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)
1. Mai 2013 Papst Franz I. bezeichnet die Zustände in bangladeschischen Textilfabriken als „Sklavenarbeit“. Monatslöhne von 38 oder 50 Euro seien ausbeuterisch

und unerträglich.

16. Mai 2013 Nach der Katastrophe von Rana Plaza schließt die Regierung Bangladeschs in einer Sofortaktion 18 unsichere Fabriken. Sie kündigt gegenüber der internationalen Arbeitsorganisation ILO die Anstellung und Schulung von 200 Sicherheitsinspektoren an. Im Augenblick sollen 52 Inspektoren mehr als 200 000 Fabriken überwachen. Der Einsturz des Rana Plaza, in dem auch mehrere Textilfabriken untergebracht waren, forderte am 24. April mindestens 1131 Todesopfer.
17. Mai 2013 Die Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation Medico International sieht in dem Sicherheitsabkommen für Bangladeschs Textilindustrie nur einen ersten Schritt zur Änderung der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. "Die meisten Firmen, die das Bangladesch-Abkommen unterzeichnet haben, lassen auch in Pakistan, Kambodscha oder Sri Lanka produzieren. Werden die Regelungen nicht schnellstmöglich dorthin übertragen, führt das nur zu einer Verlagerung der Produktions- und Lieferketten", sagt Thomas Seibert, Südasien-Referent von Medico International.
19. Mai 2013 Das Oberste Gericht verbietet dem Besitzer der Textilfabrik von Tazreen, Delwar, das Land zu verlassen.
- Verwandte der vermissten Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Werkstätten im Rana Plaza erleben eine akute finanzielle Krise, da sie seit dem Zusammensturz des Gebäudes am 24. April keine Hilfe erhalten haben. Die Polizei verhindert eine Menschenkette vor dem nationalen Presse-Club.
- Die ILO und die WB verweigern Bangladesch den Beitritt zu einem Monitoring-Programm der Textilindustrie so lange, bis das Land seine Arbeitsgesetze überarbeitet und die Bedingungen für Gewerkschaften überprüft hat.
20. Mai 2013 Bei Kämpfen zwischen RMG Arbeitern und der Polizei in Ashulia außerhalb von Dhaka werden mindestens 40 Arbeiter verletzt. Sie blockierten den Highway, um ihre Forderungen durchzusetzen. Sie fordern höhere Gehälter, eine Arbeitsplatzsicherheit sowie die Entlassung von diversen Fabrikvorgesetzten. Mindestens zehn Fabriken werden daraufhin geschlossen.
21. Mai 2013 Das Industrial Bangladesh Council verlangt 71 Millionen US-Dollar als Kompensation und langfristige Rehabilitation für die Opfer des Gebäudezusammensturzes an der Rana Plaza in Savar.
22. Mai 2013 Bei der überstürzten Flucht aus einem brennenden Fabrikgebäude in Ashulia werden mindestens 20 Arbeiter verletzt. In der Halle lagerten unter anderem Baumwollballen, die sofort Feuer fingen.
- Premierministerin Sheikh Hasina händigt Schecks an Opferfamilien der Katastrophe im Rana Plaza aus. Bereits am 16. Mai hatten bei einer ähnlichen Aktion 116 Opfer finanzielle Hilfen erhalten. Der Verband der Schiffsindustrie stiftete ein 10 Millionen Taka für den „Relief and Welfare Fund“ der Ministerpräsidentin. Bei der Aktion ist neben vielen Journalisten auch der Präsident des Textilarbeitgeberverbandes BGMEA, Atiqul Islam, anwesend.
- Deutschlands größter Handelskonzern Metro will die Initiative anderer Unternehmen für mehr Sicherheit in bangladeschischen Textilfabriken unterstützen. Sobald ein praktikabler Maßnahmenplan vorliege, werde sich

die Metro-Gruppe beteiligen, erklärt der Konzern in Düsseldorf. Metro betont, in keiner der von den Unglücken Ende November 2012 und am 24. April 2013 betroffenen Fabriken produziert zu haben. In Bangladesch arbeite man nur sehr selektiv mit Partnern, da die Arbeitsbedingungen in vielen Fällen nicht den hohen Standards von Metro genügten.

22. Mai 2013 Die Bangladesh Bank berichtet gegenüber dem High Court, dass sie nur 8,270 Millionen Taka auf dreizehn Konten von Sohel Rana, dem Besitzer der zusammengestürzten Rana Plaza, bei verschiedenen Privatbanken gefunden hat.

Mehr als 13 Textilfabriken im Industriegürtel von Ashulia bleiben wegen Arbeiterunruhen geschlossen, wobei einige für unbestimmte Zeit geschlossen werden, andere nur für einen Tag.

23. Mai 2013 Mindestens 50 Textilfabriken in Ashulia stellen am Dienstag die Produktion ein, während Arbeiter in der Industriezone fortfahren, für höhere Löhne und Arbeitsplatzsicherheit zu demonstrieren. Mindestens 20 Arbeiter werden bei Zusammenstößen mit der Polizei verletzt.

Die Stadtentwicklungsbehörde Rajdhani Unnayan Karttripakkha fängt an, Textilfabriken in Wohngebieten der Hauptstadt aufzulisten, offensichtlich mit dem Ziel, das Benutzen solcher Gebäude als Textilfabriken zu verhindern.

Knapp drei Monate nach dem Einsturz des Rana Plaza in Savar, bei dem mindestens 1131 Menschen ums Leben gekommen sind, kommt eine von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission unter Führung von Innenstaatssekretär Main Uddin Khondaker zu dem Schluss, dass die Textilarbeiter am Unglückstag vom Besitzer des Gebäudes und den fünf hier arbeitenden Bekleidungsfirmen zur Arbeit gezwungen wurden. Die Kommission befürwortet deshalb Anklagen unter Paragraph 304 des Bangladeschischen Strafgesetzbuches. Die Höchststrafe beträgt lebenslange Haft. Gegen Anklagen wegen Mordes spreche, dass der Einsturz nicht geplant gewesen. Der Eigentümer des Gebäudes, Sohel Rana, ist zugleich lokaler Führer der Juba League und Unterstützer der Awami League.

24. Mai 2013 Die National Garment Workers' Federation fordert die Käufer, einschließlich der globalen Markenfirmen wie Walmart und GAP auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Sicherheit der Arbeitsplätze in den Textilfirmen des Landes sicherzustellen.

27. Mai 2013 Gisela Burckhardt von der Clean Clothes Campaign (CCC) fordert in der ARD-Talkssendung „Günther Jauch“ höhere Löhne für die Textilarbeiterinnen in Bangladesch. Selbst eine Verdoppelung werde ein Kleidungsstück in Deutschland nur um zwölf Cent verteuern.

28. Mai 2013 Die EU und Bangladesch verpflichten sich, entschlossen daran zu arbeiten, die Gesundheit und die Standards für Arbeitssicherheit in der exportorientierten Industrie Bangladeschs zu verbessern.

29. Mai 2013 Tausende Arbeiter von Bekleidungsfabriken demonstrieren in Dhaka für höhere Löhne. Eine Fabrik entlässt aufgrund der Proteste 118 Arbeiter, was zu weiteren Demonstrationen auf dem Highway sowie Verletzungen von mindestens zehn Arbeitern führt.

30. Mai 2013 Mehr als die Hälfte der aktuell arbeitenden Textilfabriken im ganzen Land haben bisher noch nicht ihre Baupläne und Bodentests bei der Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters' Association eingereicht. Die Frist

läuft heute aus.

30. Mai 2013 Im Bemühen, Sicherheitsfragen anzugehen, treffen sich führende nordamerikanische Großhändler und Markenfirmen in New York, um ein neues Programm zu entwickeln, das die Feuer- und Sicherheitsregeln in den Textilfabriken Bangladeschs verbessern soll.
1. Juni 2013 Das Kabinett-Komitee für die Textilindustrie weist Fabrikbesitzer an, sicherzustellen, dass die monatliche Bezahlung der Arbeiter spätestens am 10. des Folgemonats stattfindet.
- Die US-Konzerne Walmart und Gap reagieren auf Kritik wegen der Produktionsbedingungen für die von ihnen angebotene Bekleidung. Sie kündigen ein eigenes Programm für Bangladesch an.
2. Juni 2013 Norwegen und die ILO wollen finanzielle Unterstützung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den exportorientierten Industrien von Bangladesch zur Verfügung stellen.
3. Juni 2013 Mehrere hundert Überlebende des Zusammenbruchs des Rana Plaza blockieren den Highway Dhaka-Aricha vor der Unglücksstelle, um ihre Forderungen wie angemessene Entschädigung, Auflistung der Verletzten und vermissten Arbeiter sowie die Rehabilitation der Opfer durchzusetzen. Initiiert wurde der Protest seitens der Rana Plaza Garments Workers Union. Bei Kämpfen zwischen den demonstrierenden Bekleidungsarbeitern vor der Unglücksstelle und angreifenden BCL Aktivisten sowie der Polizei werden mindestens 50 Personen verletzt. Bei dem Gebäudeeinsturz am 24.4.2013 wurden 1.129 Personen getötet und mehr als 2.000 Personen verletzt.
5. Juni 2013 Mehr als 1000 Arbeiter einer Bekleidungsfabrik in Bhogra im Distrikt Gazipur werden krank, nachdem sie in der Fabrik Wasser getrunken haben. Sie werden alle mit Magenproblemen in ein Krankenhaus geschickt.
11. Juni 2013 Die zuständigen Behörden müssen immer noch das Sicherheitssystem bei Bränden in Textilfabriken verbessern. Die lasche Aufsicht, auch nach wiederholten Bränden, setzt Tausende von Arbeitern Gefahren aus. Die betreffenden Behörden sehen die Schuld aber im Mangel an Mitarbeitern und logistischer Unterstützung bei ihren Inspektionen, die es den Fabrikbesitzern erlauben, trotz Feuergefahren mit der Produktion fortzufahren.
12. Juni 2013 Vier Textilfabriken an der New Eskaton Road, die ca. 1.250 Arbeiter beschäftigen, werden nach Demonstrationen auf unbestimmte Zeit geschlossen, während sechs Fabriken in Savar und Ashulia geschlossen werden.
14. Juni 2013 Die US-Regierung sagt, amerikanische Firmen müssen ihre eigene Entscheidung treffen, ob sie einen bindenden Sicherheitscode für Feuer- und Gebäudeschutz in der Textilindustrie Bangladeschs unterzeichnen.
- Die vier Textilfabrikanten Anisur Rahman (Ether Tex), Aminul Islam (Phantom Apparels und Phantom Tack), Bazlus Samad Adnan und Mahbubur Rahman Tapash (beide New Wave Buttons) bleiben in Haft. Sie hatten Freilassung auf Kautions beantragt. Alle vier werden für den Einsturz des Rana Plaza mitverantwortlich gemacht. Die Polizei hat bisher 19 Menschen in diesem Zusammenhang verhaftet, darunter auch Sohel Rana, Eigentümer des Rana Plaza, und seinen Vater Abul Khalek.
17. Juni 2013 Der High Court ordnet an, dass der Direktor von Sweater Industries Limited, Shahriar Sayeed Hossain, ihm innerhalb von zwei Wochen darlegt, wie viel

Kompensation an die Verwundeten und die Familien der getöteten Opfer gezahlt hat. Bei dem Zusammensturz des Fabrikgebäudes im April 2005 waren 64 Personen umgekommen.

19. Juni 2013 Matthias Händle, Präsident der Außenhandelsvereinigung der Deutschen Außenhandelsvereinigung (AVE), fordert eine Verbesserung der Produktionsbedingungen in Bangladesch und anderen Ländern. Das sei das Ziel, das die AVE als Mitinitiator der „Business Social Compliance Initiative“ (BSCI) verfolge. Die strengsten Vorschriften nützten aber nichts, wenn sie nicht auch von den Behörden vor Ort kontrolliert würden.
26. Juni 2013 Die Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association hält in erster Linie den Besitzer der Rana Plaza in Savar für den Zusammensturz des Gebäudes verantwortlich und gibt dann den Besitzern der fünf Bekleidungsfabriken Mitschuld an dem Unglück und dem Tod der Arbeiter.
- Die Verwaltung des Upazila Savar versiegelt ein 8-stöckiges Firmengebäude mit zwei Bekleidungsfabriken und einem Markt in der Nähe der Busstation, nur wenige Meter entfernt von dem zusammengestürzten Gebäude. Angeblich haben sich an dem Gebäude Risse gezeigt.
28. Juni 2013 Präsident Barack Obama entzieht Bangladesch bis auf weiteres das Recht auf zollfreie Einfuhren in die USA. Er begründet die Entscheidung mit Sicherheitsproblemen und arbeitsrechtlichen Verstößen in der bangladeschischen Textilindustrie.
6. Juli 2013 Karl-Johan Persson, Chef des schwedischen Textilherstellers Hennes & Mauritz (H & M), fordert ein weltweites Branchenlabel für fair gehandelte Mode.
7. Juli 2013 Die EU und Bangladesch vereinbaren einen besseren Schutz für Textilarbeiter. Die Regierung in Dhaka verpflichtet sich, Feuerschutz und Gebäudesicherheit in den Fabriken mit 800 Inspektoren regelmäßig zu überprüfen. Außerdem werde sie das Recht auf Bildung von Gewerkschaften besser überwachen und kollektive Lohnverhandlungen ermöglichen. Die EU will bei der Umsetzung des Programms helfen und Textilimporte nach Europa erleichtern. Außerdem sollen ILO-Fachleute den Arbeitsschutz überprüfen.
9. Juli 2013 Die Grünen-Fraktionsvorsitzende im deutschen Bundestag, Renate Künast, fordert ein internationales Gütesiegel für fair produzierte Bekleidung. Künast hält sich gerade zu Gesprächen in Bangladesch auf.
11. Juli 2013 Textilarbeiter demonstrieren in Savar für höhere Löhne. Nach Angaben der Gewerkschaften werden 300 von den Fabrikbesitzern gefangen genommen und zum großen Teil misshandelt.
17. Juli 2013 Nach einer Untersuchung der Weltbank erhält eine Textilarbeiterin in Bangladesch einen „Stundenlohn“ von 0,10 US-Cent. Das ist der niedrigste in der ganzen Welt. In Vietnam und Sri Lanka sind es 44 Cent, in Indien 51, in China 1,88 und in der Türkei 2,44 Dollar. Nach Angaben der Weltbank braucht ein Mensch pro Tag zwei Dollar, um nicht unter die Armutsgrenze zu fallen.
20. Juli 2013 Die für die Sicherheit von Industriebauten zuständige Rajdhani Unnayan Karttripakkha (Rajuk) verdreifacht die Zahl ihrer Kontrollkomitees von 8 auf 24.
- Das Garment Workers' Action Council demonstriert mit einem Sarg vor dem BGMEA Büro in Dhaka. Es fordert um eine angemessene Kompensation für

die Opfer des Zusammensturzes des Rana Plasas, ihr Recht auf Gewerkschaftszugehörigkeit sowie einen Mindestlohn von monatlich 8000 Taka für Textilarbeiter.

21. Juli 2013 Die Regierung bittet die Eigner von Textilfabriken, den Arbeitern ihre Löhne und Feiertagszuschläge bis zum 6. August zu zahlen, da die dreitägigen Ferien für Eid-ul-Fitr am 8. August beginnen.
- Eine Gewerkschaft der Textilarbeiter fordert die Regierung auf, den monatlichen Mindestlohn für Textilarbeiter auf 8.000 Taka festzulegen.
28. Juli 2013 Eine vierköpfige Delegation des EU-Abkommens über Feuer- und Gebäudesicherheit in Bangladesch kommt in Dhaka an, um zusammen mit Personen aus dem Bereich und Regierungsvertretern ihren Aktionsplan für Fabrikinspektionen und -erneuerungen in der Textilindustrie auszuarbeiten.
29. Juli 2013 In den Wochen nach dem Zusammensturz an der Rana Plaza, bei dem mehr als 1.000 Menschen getötet wurden, haben mindestens fünf verschiedene Einrichtungen Teams ausgesandt, um die 5.600 Fabriken zu überprüfen, aber untereinander findet keine Koordination statt.
- Textilarbeiter demonstrieren vor der Zentrale der BGMEA für die Auszahlung ihrer Löhne und einen Eid-Bonus.
30. Juli 2013 Europäische Großhändler stimmen zu, mit nordamerikanischen Käufern zusammenzuarbeiten, um eine sichere und dauerhafte Textilindustrie in Bangladesch unter einem gemeinsamen Verhaltenskodex sicherzustellen.
23. August 2013 Expertenteams der Bangladesh University of Engineering and Technology werden vom 15. September an innerhalb von drei Monaten 2000 Textilfabriken auf ihre Sicherheit überprüfen. Das ist nach Regierungsangaben das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften, der International Labour Organisation ILO, Hilfsgebern, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen in Bangladesch.
4. Sept. 2013 Die »Kampagne für Saubere Kleidung« fordert westliche Textilfirmen zu Entschädigungszahlungen für die Opfer der Unfälle in zwei Textilfabriken Bangladeschs auf. Marken wie KiK, Benetton, Mango, Walmart, C & A, NKD, Adler Modemärkte, Güldenpfennig, Kids Fashion Group und Karl Rieker seien dazu aufgerufen, an den Entschädigungsverhandlungen in Genf am 11. und 12. September teilzunehmen. Die »Kampagne für saubere Kleidung« ist ein internationales Bündnis, das sich für gerechte Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie einsetzt. Für die Fabrik in Rana Plaza erwarte man Entschädigungszahlungen in Höhe von mehr als 54 Millionen Euro, für jene in Tazreen mindestens 4,3 Millionen Euro. Damit sollen das Schmerzensgeld sowie Entschädigungen für die Angehörigen bezahlt werden. Psychologische Betreuung, Arztkosten, sowie Zahlungen für entgangenes Einkommen der Arbeiter könnten diese Kosten noch steigern.
12. Sept. 2013 EU-Handelskommissar Karel de Gucht fordert in einem Interview mit der »Zeit« die Regierung in Bangladesch auf, die Textilindustrie stärker zu überwachen. Die Fabriken müssten regelmäßig kontrolliert werden und mittelfristig internationale Sicherheitsstandards einhalten. Wenn Bangladesch dem nicht nachkomme, werde die EU bestehende Abkommen kündigen, drohte der EU-Kommissar. Das Land müsste dann normale Einfuhrzölle auf exportierte Waren zahlen. Bislang ist Bangladesch davon befreit.
- Die Opfer der Fabrik-Katastrophen müssen weiter auf Entschädigungs-

zahlungen warten. Erste Verhandlungen in Genf zwischen Textilfirmen sowie Gewerkschaften wurden vertagt, teilten die Kampagne für Saubere Kleidung und der internationale Gewerkschaftsverband IndustriALL mit. Es geht um Millionenzahlungen für die Überlebenden und die Angehörigen der Todesopfer, die seit dem Einsturz des Rana-Plaza-Hochhauses im April oder dem Brand in der Tazreen-Fabrik im November auf Hilfe warten. Einige Unternehmen hätten sich zwar grundsätzlich bereiterklärt, in einen Fonds zu zahlen. Dieser Fonds müsse aber erst geschaffen werden.

16. Sept. 2013 Fünf Monate nach dem Einsturz des Rana Plaza warten hunderte Hinterbliebene weiter auf staatliche Entschädigung. Grund dafür ist, dass fast 300 unter den Trümmern begrabene Tote noch nicht identifiziert werden konnten, berichtet der britische Sender BBC. Die Behörden des südasiatischen Landes zahlen Entschädigungen in Höhe von umgerechnet knapp 15 000 Euro aber nur aus, wenn eine eindeutige DNA-Identifikation vorliegt. Weil den Behörden die nötige Computersoftware fehlt, konnten bisher nur wenige DNA-Proben ausgewertet werden. Beim Einsturz des achtstöckigen Hochhauses in der Nähe der Hauptstadt Dhaka kamen am 24. April mindestens 1131 Menschen ums Leben. Viele weitere wurden verletzt und trugen lebenslange Behinderungen davon. Es war die größte Industriekatastrophe in der Geschichte Bangladeschs.
21. Sept. 2013 Etwa 1000 Textilarbeiter aus mehreren Fabriken demonstrieren in Gazipur für einen neuen Mindestlohn von 8000 Taka. Derzeit beträgt der Mindestlohn 3500 Taka.

Außenpolitik/Außenwirtschaft:

- (siehe auch: Textilindustrie, Bangladesch und Indien, Bangladesch im weiteren Ausland)
24. Mai 2013 Die EU droht, das generelle System der Handelspräferenzen (GSP), das zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Markt garantiert, zu beenden. Diese Warnung kommt nach den verheerenden Arbeitsunfällen, bei denen mehr als tausend Arbeiterinnen und Arbeiter umkamen. Das EU-Parlament ruft zur Gerechtigkeit für die Opfer auf und zu Maßnahmen, solche Unglücksfälle in Zukunft zu vermeiden.
4. Juli 2013 Die Premierministerin Sheikh Hasina, ist zu einem einwöchigen offiziellen Besuch in London eingetroffen, um das Vereinigte Königreich und die osteuropäische Republik Weißrussland zu besuchen.
22. Juli 2013 Das Freihandelsabkommens Trade and Investment Cooperation Framework Agreement (Ticfa) zwischen Bangladesch und den USA steht kurz vor dem Abschluss wie Dan W. Mezena, der US-Botschafter in Dhaka, mitteilt.
24. Juli 2013 Die Regierung zieht Anklagen gegen Arbeiterführer zurück. Damit will sie einen Teil der Bedingungen erfüllen, die die USA für die erneute Gewährung von allgemeinen Handelspräferenzen (GSP) aufgestellt haben. Die USA hatten diese wegen mangelnder Arbeitsplatzsicherheit und fehlenden Arbeiterrechten beendet und jetzt Bangladesch einen 15-Punkte-Plan zur Wiedererlangung vorgeschlagen. Teil davon ist auch die Einführung von Arbeiterrechten gemäß den ILO-Standards.
19. August 2013 Europäische Union und Bangladesch planen den Bau einer „umweltfreundlichen“ Lederfabrik. Die Central Effluent Treatment Plant

(CETP) in Savar soll schon in 18 Monaten ihren Betrieb aufnehmen. Die EU ist Hauptziel für bangladeschische Lederexporte. Die CETP soll sowohl bei der Wasserver- und entsorgung als auch bei der Energieversorgung Standards setzen.

Bangladesch und Indien:

(siehe auch: Menschenrechte)

19. Mai 2013 An der Grenze von Jhalongi im Patram Upazila in Lalmonirhat werden zwei bangladeschische Viehhändler aus Sree Rampur und Jhalongi von indischen Grenzsoldaten aus dem Darikmari-Camp angeschossen. Einer von ihnen wird lebensgefährlich verletzt.
23. Mai 2013 61 junge Frauen und fünf Kinder, die aus verschiedenen Gegenden in Khulna und Barisal stammen, kehren nach Bangladesch zurück, nachdem sie zwei Jahre in indischen Gefängnissen inhaftiert waren. Nach Angaben der Polizei waren sie mit dem Versprechen auf Arbeit illegal nach Indien gereist und dort festgenommen worden.
24. Mai 2013 An der Grenze von Hili Mangala in Dinjpur wird ein junger Bangladeschi aus Satkuri von indischen Grenzsoldaten mit Stöcken geschlagen und schwer verletzt liegen gelassen.
28. Mai 2013 An der Grenze von Fulbari werden vier Bangladeschis und zwei Inder von indischen Grenzsoldaten durch Schüsse verletzt.
29. Mai 2013 An der Grenze von Madenipur in Chuadanga wird ein bangladeschischer Viehhändler aus Hariharanagar von indischen Grenzsoldaten festgenommen, als er gemeinsam mit vier anderen Händlern, die fliehen können, die Grenze überquert. Die Soldaten übergeben ihn der indischen Polizei.
31. Mai 2013 Der indische Hochkommissar in Dhaka, Pankaj Saran, kündigt an, dass Indien drei historische Tempel in Sylhet renovieren werde. In Kamalganj in Moulvibazar werde ein Kulturzentrum eingerichtet, ein bangladeschisch-indisches Projekt.
1. Juni 2013 An der Grenze von Narayanpur in Comilla nehmen indische Grenzsoldaten einen jungen Bangladeschi fest, der unwissentlich während eines Verwandtenbesuchs die Grenze überquert hatte.
8. Juni 2013 Indische Grenzsoldaten nehmen zwei bangladeschische Schüler aus Gorakmondol in Kurigram fest, als diese unwissentlich die Grenze überqueren. In der vergangenen Woche wurde in Indien ein Bangladeschi ins Gefängnis gebracht, von dem die Grenzsoldaten behaupten, er sei ein Mitglied des RAB und an einer Razzia gegen Schmuggler beteiligt gewesen. Das RAB bestreitet seine Zugehörigkeit.
10. Juni 2013 An der Grenze von Anantapur in Kurigram schießen indische Grenzsoldaten auf einen Viehhändler aus Boraitoli und lassen ihn verletzt liegen.
12. Juni 2013 In Jessore, Thakurgaon und Lalmonirhat erschießen indische Grenzsoldaten zwei junge bangladeschische Viehhändler und verletzten vier weitere Menschen, darunter eine Frau. Nach Aussagen von Odhikar wurden vom 1.1.2013 bis zum 31.5.2013 mindestens zwölf Bangladeschis von indischen Grenzsoldaten getötet, 43 verletzt und 43 entführt.
14. Juni 2013 Ein Offizier des bangladeschischen Grenzschutzes berichtet, dass im

Zusammenhang mit der Erschießung von zwei bangladeschischen Viehhändlern in Jessore am 12.6.2013 drei indische Grenzsoldaten suspendiert wurden.

15. Juni 2013 An der Grenze von Beaujari-Dharmagarah im Baliadangi Upazila schießen indische Grenzsoldate auf drei bangladeschische Tagelöhner aus Churuigedi und Dhamagarah Bhadreshwary. Die Verletzten werden in einem örtlichen Krankenhaus versorgt.
16. Juni 2013 An der Grenze von Medinipar in Chuadanga erschießen indische Grenzsoldaten einen Bangladeschi aus Hariharnagar, als er mit einigen anderen Männern das Niemandsland betritt, um mit Viehhändlern auf indischer Seite zu sprechen.
20. Juni 2013 An der Grenze von Thakurgaon werden zwei bangladeschische Tagelöhner aus Zia Bari von indischen Grenzsoldaten mit Gummigeschossen verletzt.
An der Grenze von Lalmonirhat wird ein bangladeschischer Viehhändler aus Muglibari durch Schüsse verletzt.
An der Grenze von Tahirpur in Barochhara in Indien töten Khasia einen Bangladeschi aus Netrakona, als dieser die Familie seiner indischen Frau besucht.
25. Juni 2013 An der Grenze von Benapole retten bangladeschische Grenzsoldaten ein neunjähriges Mädchen, das mit Hilfe eines Busfahrers Menschenhändlern davon gelaufen war. 21 Menschenhändler werden festgenommen.
4. Juli 2013 An der Grenze im Phulbari Upazila wird ein Bangladeschi aus Gorok Mandal von indischen Grenzsoldaten angeschossen. Anwohner berichten, dass indische und bangladeschische Schmuggler Waren austauschten, als das Feuer eröffnet wurde.
9. Juli 2013 In Neu Delhi wird ein Bangladeschi, mutmaßlich der Anführer einer Bande, festgenommen. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit der Plünderung des Hauses des früheren Direktors für Strafverfolgung in Preet Vihar und der Ermordung seines Sohnes am 25.4.2013.
13. Juli 2013 An der Grenze von Benapole wird ein noch nicht identifizierter junger Bangladeschi gefunden. Anwohner und bangladeschische Grenzsoldaten nehmen an, dass er von indischen Grenzsoldaten zu Tode gefoltert und dann auf indischer Seite liegengelassen wurde.
14. Juli 2013 Die indische BSF entschädigt eine bangladeschische Familie mit 500.000 indischen Rupien, weil der Familienvater und Hauptverdiener am 9.11.2010 an der Grenze von Rajshahi von Grenzsoldaten erschossen wurde. Dies ist der erste Fall einer Entschädigung überhaupt.
An der Grenze von Dhamagarh im Ranishankail Upazila wird ein 15-jähriger Bangladeschi aus Moradhar von indischen Grenzsoldaten erschossen. Einen Tag später wird sein Leichnam aus dem Fluss Nagar geborgen. Er hatte mit sieben Freunden auf einer Sandbank auf der indischen Seite des Flusses gestanden, als das Feuer eröffnet wurde.
18. Juli 2013 Sechs Bangladeschis werden nach sechs Jahren Haft im indischen Gefängnis in Amla entlassen und kehren nach Bangladesch zurück. Sie hatten sich auf der Suche nach Arbeit nach Indien aufgemacht und waren verhaftet worden.
19. Juli 2013 An der Grenze von Narayanjot-Panditpara in Thagurkaon erschießen mutmaßlich indische Grenzsoldaten einen Bangladeschi aus Natunbandar

und werfen ihn in den Jamuna. Ein Bauer hatte den mit Kugeln durchlöcherten Leichnam gefunden.

20. Juli 2013 Fünf bangladeschische Kinder im Alter zwischen elf bis vierzehn Jahren, die wegen illegalen Eindringens nach Indien zweieinhalb Monate inhaftiert waren und sich nun in der Erziehungsanstalt Tora Observation Houses im Staat Meghalaya befinden, können auf Grund von Verwaltungskomplikationen noch nicht nach Hause zurückkehren, da es bei der Identifizierung eines der Kinder einen Fehler gab. Sie hatten im Februar unwissentlich die Grenze überquert.
14. August 2013 An der Grenze von Shamsernagar in Lalmonirhat werden ein bangladeschischer Viehhändler aus Munsirhat getötet und einer verletzt, als sie im Fluss Sangli in eine Eisenfalle geraten, die von den indischen Grenzsoldaten dort aufgestellt worden war.
- An der Grenze von Nakurgaon übergeben die indischen Grenzbehörden die Leichname zweier Bangladeschis, die am Vortag in Chichingpara in Meghalaya von einem Mob getötet worden waren. Die Männer stammten aus Rangtia im Jhinaigati Upazila.
18. August 2013 An der Grenze von Hatkhola in Jaipurhat werden zwei bangladeschische Grenzsoldaten verletzt, als sie von einer Gruppe indischer Viehschmuggler angegriffen werden. Als die Grenzsoldaten das Feuer eröffnen, wird ein Viehschmuggler aus Laskar durch Schüsse so schwer verletzt, dass er wenig später stirbt. Nach Aussage der BGB wurden an der Grenze von Thakurgaon zwischen Januar und dem 18.8.2013 mindestens vier Bangladeschis getötet und elf entführt. Von den festgenommenen Bangladeschis wurden fünf freigelassen, die übrigen warten in Indien auf ihre Verfahren. Neun wurden brutal gefoltert und verletzt.
23. August 2013 Eine westbengalische Menschenrechtsgruppe fordert die indische Menschenrechtskommission dazu auf, umgehend für die Verhaftung eines indischen Grenzsoldaten zu sorgen, der mutmaßlich am 11.7.2013 eine 30-jährige bangladeschische Frau vor den Augen ihres kleinen Sohnes vergewaltigt hat, als sie gemeinsam mit ihrem Mann und dem Sohn die Grenze im Parganas Distrikt Richtung Bangladesch überqueren wollte. Die Familie stammt aus Marolia im Morail Distrikt.
- An der Grenze von Benapole können fünf junge Frauen von 17 bis 19 Jahren aus Khulna und Gaibandha nach Bangladesch zurückkehren, nachdem sie zwei Jahre in einem indischen Gefängnis inhaftiert waren. Sie waren mit dem Versprechen auf Arbeit von Schleusern ins Nachbarland gebracht worden.
- 24/25. August 2013 An den Grenzen von Sathkhira und Thakurgaon werden die Leichen von zwei Bangladeschis aufgefunden. In Sathkhira wurde der Mann durch einen Stromschlag getötet, als er in Kontakt mit einem im Boden verlegten Stromkabel kam. In Thakurgaon wurde der Leichnam in einem Teich nahe dem Dorf Ambari in Indien gefunden. Er stammte aus Badam Bari Sarker Para im Baliadangi Upazila.
26. August 2013 An der Grenze von Rudrapur im Sharsha Upazila befreien bangladeschische Grenzpolizisten eine junge Frau, die nach Indien geschleust werden sollte.
1. September 2013 An der Grenze von Tengrail nehmen bangladeschische Grenzsoldaten 21 Menschen, darunter sieben Frauen und zwei Kinder, fest, als diese illegal nach Bangladesch einreisen.
6. September 2013 In Pashchim Banga in Indien spricht ein Sondergericht der indischen

Grenzschutzbehörde einen Grenzsoldaten frei, der am 7.1.2011 die damals 15-jährige Felani Khatun erschossen haben soll, als sie bei Anantapur den Grenzzaun von Indien nach Bangladesch überstieg. Sie ist eine von 214 Bangladeschis, die zwischen Januar 2009 und Juni 2013 an der Grenze getötet wurden. Am 19.8.2013 hatten ihr Vater und ein Onkel vor dem Gericht ausgesagt. Der Vater äußert sich sehr enttäuscht über den Urteilsspruch und will ein internationales Gericht anrufen. Der indische Hochkommissar in Dhaka bittet eindringlich darum, das abschließende Urteil abzuwarten, da dieses Verfahren erst der erste Schritt gewesen sei und durch eine kompetente Behörde überprüft werde.

7. September 2013 An der Grenze von Molani im Haripur Upazila schießen indische Grenzsoldaten auf einen bangladeschischen Viehhändler aus Moradhor. Der Verletzte wird in ein Krankenhaus gebracht.

Bangladesch und Myanmar/Rohingyas:

(siehe auch: Indigene Bevölkerungen, Außenpolitik)

20. August 2013 Tomas Ojea Quintana. UN-Sonderberichterstatter für Birma, beklagt fehlenden Schutz für die Bevölkerung bei gewaltsamen Zusammenstößen. Zum Abschluss eines zehntägigen Besuchs wirft er der birmanischen Regierung vor, auch ihm keinen ausreichenden Schutz gewährt zu haben. Der Konvoi des UN-Gesandten für Menschenrechte war in der zentral gelegenen Stadt Meikhtila von einer aufgebrachten Menschenmenge attackiert worden. Dabei sei er von der sich in der Nähe befindenden Polizei völlig schutzlos gelassen worden. Im März waren in Meikhtila bei anti-muslimischen Ausschreitungen mehr als 40 Menschen ums Leben gekommen. Quintana besuchte außerdem den Rakhine-Staat im Westen an der Grenze zu Bangladesch. Dort waren bei blutigen Ausschreitungen zwischen Buddhisten und Muslimen im Juni und Oktober 2012 nach offiziellen Angaben fast 200 Menschen getötet worden. Zudem flohen mindestens 140 000 Menschen überwiegend nach Bangladesch vor der Gewalt. Bei den meisten Opfern handelt es sich Menschenrechtlern zufolge um die muslimische Volksgruppe der Rohingya.

Bangladeschis im weiteren Ausland:

(siehe auch: Außenpolitik)

19. Mai 2013 61 Bangladeschis, die monatelang in Gefängnissen von Sri Lanka inhaftiert waren, kehren zurück. Sie hatten versucht, von Teknar und anderen Orten aus nach Malaysia zu gelangen.

24. Mai 2013 Insgesamt 18 bangladeschische Jugendliche kehren nach einem leidvollen Auslandsaufenthalt aus Griechenland zurück

27. Mai 2013 Nach Angaben des Bureau of Manpower, Employment and Training hat sich die Zahl der Arbeiter, die im Ausland sterben, in den letzten acht Jahren mehr als verdoppelt.

30. Mai 2013 Die bangladeschischen Missionen in Saudi-Arabien haben ihre Dienste für die über 100 000 dort lebenden Arbeiter ausgedehnt, nachdem die Regierung des Landes angekündigt hatte, illegale Arbeiter auszuweisen. Bis heute können Ausweise noch korrigiert werden.

4. Juni 2013 Mindestens sechs Migranten aus Bangladesch sterben beim Brand in einer Chemiefabrik in der arabischen Stadt Sharjah.
6. Juni 2013 Der Außenminister bestätigt, dass die sechs Personen, die am 2. Juni bei einem verheerenden Feuer in Sharjah in den Vereinigten Arabischen Emiraten, umkamen, Bangladeschis waren.
14. Juni 2013 Mehr als 36 000 Bangladeschis ohne gültige Papiere durften bisher mit Notpapieren Saudi-Arabien unter einer von der saudischen Regierung erlassenen Amnestie verlassen.
20. Juni 2013 98 Prozent der Frauen, die zwischen 1991 und 2013 im Ausland gearbeitet haben, waren Hausangestellte, besagen offizielle Zahlen, und 98 Prozent arbeiteten im Mittleren Osten.
21. Juni 2013 Mehr als 2000 bangladeschische Arbeiter haben bei einer zweitägigen Messe in Riad eine Arbeit gefunden.
22. Juni 2013 Mehr als 1,5 Mio. ausländische Arbeiter in Saudi-Arabien haben seit April ihren Aufenthaltsstatus geändert, bevor der Staat die illegalen Arbeiter des Landes verweist.
2. Juli 2013 Saudi-Arabien hat die Amnestie-Periode für ausländische Arbeiter, darunter viele Bangladeschis, um vier Monate verlängert. In dieser Zeit können sie ihre Papiere in Ordnung bringen.
13. Juli 2013 Bangladesch bemüht sich weiter, sowohl im In- wie im Ausland, intensiv um die sichere und schnelle Freilassung von sieben Seeleuten, die derzeit in Somalia festgehalten werden. Aus prinzipiellen Gründen wolle man aber kein Lösegeld bezahlen.
3. August 2013 Die Regierung verstärkt die Entsendung von ausgebildeten und angelehrten Arbeitern ins Ausland, um den Rückgang des Arbeiterexports aufzufangen. Der Wunsch nach ausgebildeten und angelehrten Arbeitern steige auf dem ausländischen Arbeitsmarkt.
5. August 2013 Der Arbeitsmarkt für Bangladeschis im Irak scheint sich bald zu öffnen, nachdem das ölreiche und kriegsgeplagte Land dringendes Interesse daran gezeigt hat, eine größere Anzahl Arbeiter aus Bangladesch zu rekrutieren.
9. August 2013 Quazi Mohammad Rezwanul Ahsan Nafis wird von einem US-Gericht zu 30 Jahren Haft verurteilt. Er hatte geplant, das Gebäude der US-Notenbank mit einer 450-Kilogramm-Bombe zu zünden. Der Plan war seinerzeit vorzeitig aufgedeckt worden und der Mann in eine Falle der Bundespolizei FBI getappt: Die Bombe, die er zünden wollte, war eine Attrappe.

Entwicklungszusammenarbeit:

(siehe auch: Wirtschaft, Außenpolitik)

26. Mai 2013 100.350 Menschen wohnen in 70 Slums in Comilla unter unmenschlichen Bedingungen so das Urban Partnerships for Poverty Reduction Project (UPPRP). Die Behausungen sind armselig und überfüllt. Es herrscht Trinkwassermangel, die sanitären Zustände sind katastrophal und Krankheiten weit verbreitet. Die meisten Kinder gehen nicht zur Schule und Kinderarbeit ist weit verbreitet. UPPRP arbeitet daran, die Bedingungen zu verbessern.

Weltbank/Internationale Organisationen:

(siehe auch: Armut, Textilindustrie, Wirtschaft, Infrastruktur)

27. Mai 2013 Finanzminister Abul Maal Abdul Muhith teilt mit, dass die Weltbank im nächsten Fiskaljahr einen Kredit von 1,2 Milliarden US-Dollar geben werde.

16. Juni 2013 Nach Aussagen des Weltbankdirektors Johannes Zutt ist es unwahrscheinlich, dass Bangladesch das angestrebte Wachstumsziel von 7,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im neuen Fiskaljahr erreichen wird. Dies läge an der politischen Unsicherheit im Land und dem Imageschaden
4. September 2013 Die Weltbank bietet Hilfe für die staatseigenen Banken unter der Bedingung an, dass der Staat weniger Kontrolle über die Banken ausübt..

Deutsch-Bangladeschische Beziehungen:

- (siehe auch: Wirtschaft, Textilindustrie, Außenpolitik)
21. Mai 2013 Der deutsche Botschafter in Dhaka, Albrecht Conze, schlägt bei einem Treffen mit Parlamentssprecherin Shirin Sharmin Chowdhury verstärkte Kontakte zwischen deutschen und bangladeschischen Abgeordneten vor.
17. Juni 2013 Die Deutsche Welle zeichnet internationale Onlineaktivisten aus. Der Preis „Global Media Forum Award“ geht an das Projekt „Info Lady“ in Bangladesch. Frauen fahren in entlegene Dörfer und klären die Bewohner mit Hilfe des Internets über Fragen der Gesundheit, Landwirtschaft und Entwicklung auf.
3. Juli 2013 Die Ausstellung „Social Fabric“ in der Berliner ifa-Galerie setzt sich mit den Strukturen der Weltwirtschaft und den Folgen für die bangladeschische Textilindustrie auseinander. (bis 15. September)
- 4./5. Juli 2013 Auf Einladung der Universität Heidelberg diskutieren Wissenschaftler am Südasien-Institut über den Genozid 1971 in Bangladesch. Referenten sind unter anderem Mizanur Rahman, der Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission in Bangladesch, Bina d’Costa (Genf) und Peter Zingel (Heidelberg).
5. August 2013 Nach einer Terrorwarnung öffnet die Deutsche Botschaft in Dhaka nach dem Wochenende wieder. Die US-Botschaft bleibt vorerst geschlossen.
14. August 2013 Nur etwa die Hälfte der nachzugswilligen Ehepartner aus Bangladesch hat 2012 die geforderte Deutschprüfung am Goethe-Institut in Dhaka bestanden.
26. August 2013 Studiosus und Marco Polo nehmen Bangladesch aus ihrem Fernreiseprogramm. Zur Begründung werden Sicherheitsargumente angegeben.
19. September 2013 Der UN-Menschenrechtsrat in Genf diskutiert über die Menschenrechtssituation in Deutschland. Die bangladeschische Delegation fordert, dass Deutschland das Tragen von religiösen Symbolen im Schuldienst erlauben soll.
20. September 2013 Die Arbeitsgemeinschaft Fernsehworkshop Entwicklungspolitik, ein Zusammenschluss von Organisationen aus der Entwicklungszusammenarbeit, der interkulturellen Bildungsarbeit sowie dem Film- und Fernsehbereich verleihen zum siebten Mal den Eine-Welt-Filmpreis des Landes NRW. 1500 Euro und der dritte Preis gehen an den bangladeschischen Regisseur Shaheen Dill-Riaz und seinen Film „Der Vorfürer“. Er portraitiert den zehnjährigen Rakib, der als Filmvorfürer zum Familienunterhalt beitragen muss.

Anmerkung:

Die Chronik erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Meldungen sind vor allem bangladeschischen und internationalen Zeitungen sowie Berichten verschiedener Organisationen entnommen.